

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

162 (4.5.1904) Badischer Landtag. 66. öffentliche Sitzung der Zweiten
Kammer

Karlsruher Zeitung.

N. 162.

Mittwoch, 4. Mai.

1904.

Badischer Landtag.

66. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Dienstag, den 3. Mai 1904.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Frhr. v. Dusch, Direktor des Oberschulrats Geh. Rat Dr. Arnspurger, Geh. Rat Wehner, Geh. Hofrat Dr. v. Sallwürk, Geh. Hofrat Dr. Wegoldt und Regierungsrat Maier.

Präsident Dr. Gömmer eröffnet die Sitzung um 1/2 10 Uhr vormittags,

Eingänge sind nicht eingegangen.

Das Haus tritt sogleich in die Tagesordnung ein:

1. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1904 und 1905, Ausgabe Titel X, Einnahme Titel III (Unterrichtswesen) II. Mittel- und Volksschulen — Drucksache Nr. 13 c (II) — und die Seite 34 ff. und 40 ff. des Kommissionsberichts behandelten Petitionen, sowie die Petition des Gemeinderats Neustadt, die Errichtung einer Realmittelschule daselbst betreffend.

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget desselben Ministeriums, Ausgabe Titel X (Unterrichtswesen) — III. Gewerbliche Unterrichtsanstalten — Drucksache Nr. 13 c (III).

Präsident Dr. Gömmer teilt mit, daß bezüglich des am Schluß der gestrigen Sitzung eingebrachten Antrags auf Aussetzung der Abstimmung über die §§ 56 und 57 (Gehalte der Volksschullehrer) eine Vereinbarung unter den Parteien dahin stattgefunden hat, daß, um die Zeit nicht damit zubringen, daß man in längerer Beratung über diese Anträge verhandelt, eine Hinausschiebung der Beratung über den ganzen Titel Volksschulwesen eintreten solle. Man war der Meinung, daß man deshalb nicht bloß die Beratung über die §§ 56 und 57 aussetzen,

sondern auch über den ganzen übrigen Teil des Budgets für das Volksschulwesen erst später beraten soll, weil es in der Diskussion sehr schwer sein würde, alles das auszuscheiden, was nicht zu diesen beiden Paragraphen gehört. Der Bericht der Schulkommission über die Anträge hinsichtlich des Volksschulwesens wird bis Pfingsten fertiggestellt sein, so daß dann die Debatte über das Volksschulwesen stattfinden kann. Ich möchte dem Hause empfehlen, sich dieser Vereinbarung anzuschließen.

Es erhebt sich kein Widerspruch dagegen.

Abg. Frühauß zieht mit Rücksicht auf die getroffene Vereinbarung seinen gestern gestellten Antrag zurück.

Es werden hierauf die Positionen unter K. (für besondere Unterrichtszwecke), ferner die Forderungen im außerordentlichen Etat für Mittel- und Volksschulen und die Einnahmen ohne Debatte genehmigt.

Damit der ist Titel Mittel- und Volksschulen mit Ausnahme der zurückgestellten Positionen genehmigt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtet Abg. Obkircher: Die Frage des Budgets des Gewerbeschulwesens ist eine Frage des Blühens und Gedeihens unseres Gewerbes überhaupt. Nach der Entwicklung, die das Verhältnis zwischen dem Lehrherrn und dem Lehrling genommen hat, ist den Gewerbeschulen eine Aufgabe übertragen worden, die sie früher nicht hatten. Die Gewerbeschule tritt in mancher Beziehung an die Stelle des Lehrherrn. Die Gewerbeschulmänner haben heutzutage nicht nur theoretisch den Lehrling auszubilden, sondern ihn auch in eine Reihe von praktischen Handierungen einzuführen und zu unterweisen, was früher der Lehrherr als seine Aufgabe betrachtet hat. Was heute in unsern Gewerbeschulen geleistet wird, darf als eine eminente Leistung bezeichnet werden, und wir dürfen an die Weiterentwicklung derselben die Hoffnung knüpfen, daß dem Handwerk mehr als in den letzten Jahrzehnten wieder der goldene Boden bereitet wird. In Erkenntnis dessen ist erreicht worden, daß der

Staat und die Gemeinden ganz enorme Summen für die Förderung des Gewerbeschulwesens ausgeben.

Von der Steigerung der Ausgaben um 40 000 Mark entfallen auf die Kunstgewerbeschule in Karlsruhe 9800 M., auf die in Pforzheim 4000 M., auf die Baugewerkschule 2400 M. und die Gewerbeschulen des ganzen Landes nur 14 890 M., auf die Gewerbe-
fortbildungsschulen 4000 M. und auf die Unterrichtskurse für Handlungslehrlinge 3500 M. Man darf dabei nicht vergessen, daß nicht alle diese Anstalten reine Staatsanstalten sind, sondern teils einen gemischten Charakter haben, zum größten Teil aber Gemeindeanstalten sind. Staatlichen Zuschuß beziehen 47 Gewerbeschulen, 100 gewerbliche Fortbildungsschulen und 32 Unterrichtskurse für Handlungslehrlinge. Namentlich die letzteren befinden sich in einer erfreulichen Zunahme. Es sollen statt bisher 20 nunmehr 32 Staatsunterstützung genießen. In Mannheim hat sich eine kaufmännische Mittelschule mit 6 Jahresklassen aufgetan, für welche das Recht zur Erteilung der einj.-frei. Berechtigung in Aussicht steht und die zu einer 9klassigen Handelsmittelschule ausgebildet werden soll. Es wird mehr und mehr dazu übergegangen, die Gewerbeschulen in besonders dazu eingerichteten Gebäuden unterzubringen. Es darf hervorgehoben werden, daß im allgemeinen gesagt werden kann, daß unsere Gewerbeschullehrer sich des Vertrauens unseres Gewerbes erfreuen. Die Gewerbeschulmänner sind der Meinung, daß in ihrem Vorbildungswesen eine Aenderung sich vollziehen soll, und sie haben eine Petition mit diesem Ansuchen eingereicht. Diese ist der Schulkommission überwiesen worden; diese ist noch nicht dazu gelangt, den Bericht hierüber zu erstatten; es wird also erst später darüber eine besondere Beratung stattfinden haben. Ich bitte daher die Herren Kollegen, die Ausführungen darüber für die spätere Diskussion zurückzustellen.

In der allgemeinen Beratung bemerkt zunächst

Abg. Duffner: Ich bin heute in der angenehmen Lage, der Grohh. Regierung den wärmsten Dank auszusprechen zu dürfen für das wohlwollende Interesse, das sie bisher unseren Grohh. Schulen in Furtwangen, der Uhrmacherschule, der Schnitzerei- und Schreinerschule, entgegengebracht hat. Diese Schulen erfüllen nicht nur ihre Aufgabe als Schulen im engeren Sinn, sie tragen zur Hebung unseres heimischen gewerblichen Lebens, zur Förderung unserer Industrie in sehr bemerkenswerter Weise bei.

Zunächst einige Worte über die Uhrmacherschule, der auch der Jahresbericht der Schwarzwälder Handelskammer in Billingen einen Abschnitt gewidmet hat. In diesem Berichte ist u. a. ausgeführt: „Zu bedauern ist es, daß aus der Uhrmacherschule in Furtwangen so gut wie gar keine gelernten Uhrmacher mehr hervorgehen. Die meisten Zöglinge widmen sich der Elektrotechnik und erwerben dann ihre in der Grohh. Uhrmacherschule erworbenen Kenntnisse in auswärtigen Fabriken, während die Schwarzwälder Uhrenindustrie unter dem von Jahr zu Jahr empfindlicher werdenden Mangel an gelernten Uhrmachern zu leiden hat. Woher es kommt, daß so verhältnismäßig wenig Zöglinge der Grohh. Uhrmacherschule sich dem Uhrmacherfach widmen, ob der Lehrplan der Schule die Zöglinge mehr auf die Elektrotechnik hinweist, und ob es an dem nötigen Hinweis fehlt, oder ob und welche anderen Gründe maßgebend sind, vermögen wir nicht zu beurteilen. Jedenfalls erfüllt die Grohh. Uhrmacherschule ihren ursprünglichen Zweck, die Schwarzwälder Uhrenindustrie zu unterstützen, heute nur noch

zum geringen Teil. Wenn man erwägt, daß gelernte technische Uhrmacher in der Uhrenindustrie immer die Aussicht auf gutbezahlte Stellen haben, so ist es zu verwundern, daß so wenig Schüler der Uhrmacherschule sich diesem Fache widmen. Daß hierin eine Aenderung eintritt, ist für die gedeihliche Weiterentwicklung unserer Uhrenindustrie ein dringendes Bedürfnis“.

Nach dem hier Gesagten könnten falsche Schlüsse sowohl in bezug auf die Schule, wie auch unserer Uhrenindustrie gezogen werden; ich sehe mich deshalb zu einigen Erklärungen veranlaßt. Vor allem ist in Rücksicht zu ziehen, daß die gewerblichen und industriellen Verhältnisse sich seit der Errichtung der Uhrmacherschule sehr wesentlich geändert haben. Mit diesem Wechsel mußte naturgemäß auch eine Aenderung des Lehrganges Hand in Hand gehen, die Schule mußte sich den veränderten Verhältnissen anpassen. Früher zählte die Schule etwa 10 Schüler, heute 75. Ehemals gehörten alle 10 Schüler der Uhrmacherei an; heute teilen sie sich in die Uhrmacherei und in die Mechanik, wobei sich allerdings die Mehrzahl der Elektromechanik zuwendet. Dieser Zugang zur Mechanik wird aber wohl selbst durch einen anderen Lehrplan, wie es der Handelskammerbericht vielleicht wünscht, kaum aufzuhalten sein. Die Uhrenindustrie bezahlt tüchtige junge Leute, die etwas gelernt haben, gut, das ist richtig. Es trifft dies aber auch auf die Elektromechanik zu, zum Teil sogar in höherem Maße. Darin liegt natürlich auch ein Grund für die Abzweigung der Uhrmacher zur Mechanik. Diese Abzweigung ist sicherlich zu bedauern vom Standpunkte der Uhrenindustrie aus; sie war aber nicht aufzuhalten! Auch die Unterstellung, als fehle seitens der Schule der nötige Hinweis zur Uhrmacherei und werde gewissermaßen die Elektromechanik protegiert, entspricht nicht der Wirklichkeit. Selbstverständlich aber ist, daß seitens der Schule auf die Berufswünsche der Schüler und deren Eltern Rücksicht genommen wird und genommen werden muß.

Anschließend hieran darf ich aber auch darauf hinweisen, daß nicht mehr die Uhrenfabrikation die ausschließliche Industrie des Schwarzwaldes darstellt. Im Laufe der Jahre hat sich eine große Anzahl anderer Betriebe zu hoher Blüte entwickelt, wie Telegraphen- und Orchestronfabriken, Kraft-, Wasser- und Gasmesherfabriken, Schrauben-, Werkzeug-, Werkzeugmaschinen-, Metallwaren- und Bestandteilefabriken usw. Sie alle sind mehr oder weniger auf tüchtige, gelernte Mechaniker angewiesen. Der Jahresbericht der Handelskammer selbst spricht sich ja darüber aus, daß auch in der Bergzeugmaschinenindustrie vielfach über Mangel an gelernten Arbeitern geklagt wird. Ich glaube deshalb sagen zu dürfen, daß die Uhrmacherschule ihre Aufgabe sehr wohl erfüllt, auch wenn nach der gegenwärtigen Lage der Dinge der Name Uhrmacherschule etwas deplaziert erscheint. Sie hat als technisches, industrielles Institut ihr Angebot nach der Nachfrage eingerichtet. Wird die Nachfrage aus den Kreisen der Uhrmacherei heraus bzw. das Angebot von Schülern aus diesen Kreisen heraus ein größeres, dann wird sich der im Handelskammerbericht gerügte Mangel von selbst heben.

Im übrigen ist der theoretische Lehrgang der Schule für beide Fächer: Uhrmacherei und Mechanik der gleiche; erst im praktischen Unterricht tritt der Unterschied hervor. Hat ein Schüler die Schule mit wirklich gutem Erfolge absolviert, daa steht er in bezug auf seine praktischen und theoretischen Kenntnisse auf einem solchen Boden, daß er seinen Posten sowohl in der Feinmechanik wie in der Uhrmacherei wohl auszufüllen vermag. Es

werden nach dem gegentwärtigen Lehrplan eben keine Detailarbeiten herangezogen; es hält sich derselbe vielmehr auf einem höheren fachwissenschaftlichen Niveau. Dadurch hofft die Schule ihrem Zweck am nächsten zu kommen, und über den Zweck der Schule sagen uns die Schulbestimmungen folgendes:

„Die Großh. Uhrmacherschule ist zum Zwecke der Förderung der Uhrmacherei und der Gewerbe der mechanischen Technik auf dem Schwarzwald errichtet; sie hat die Aufgabe, durch Unterricht in den verschiedenen Zweigen der Uhrmacherei und Mechanik mit besonderer Berücksichtigung des Schwarzwälder Uhrengewerbes tüchtige Arbeitsgehilfen, Werkmeister und Fabrikanten, heranzubilden.“

Offen lassen will ich die Frage, ob es sich nicht empfehlen würde, die Schüler erst nach einer praktischen Lehrzeit statt direkt von der Volksschule weg in die Schule aufzunehmen. Dann wären sie mit dem fachlichen Teil ihres Studiums von Anfang an besser vertraut, stünden in einem etwas reiferen Alter und dann würde wohl auch der theoretische Teil des Schulunterrichts etwas fester sitzen, ein Teil, von dem man zu sagen pflegt, er würde im praktischen Leben draußen nur zu bald verschwinden werden.

Nun komme ich noch zu einem Wunsche, welcher der Großh. Regierung kein fremder ist. Wenn ich heute diesem Wunsche Ausdruck verleihen zu einer nicht gerade günstigen Zeit, um mit Erfolg mit dem Gute in der Hand an jene Türe zu klopfen, aus der milde Gaben fließen, dann tue ich es diesmal mehr im Interesse der Schule als ausschließlich im Interesse der Gemeinde Furtwangen. Die letztere ist Eigentümerin der Gebäude der Uhrmacher- und der Schnitzerschule. Durch deren mangelhafte Finanzlage wird aber den Schulen ihre Aufgabe nicht immer leicht gemacht, da mancherlei zurückgestellt werden muß, was, wenn auch nicht gerade dringend, so doch wünschenswert wäre. Die Gemeinde tut, das darf anerkannt werden, was in ihren Kräften steht, um die Anstalten zu fördern, allein auch sie muß, wie der Staat, vor der Ueberlastung ihres Budgets Halt machen. Das muß aber oft für die Schulen zu einem bitteren Empfinden werden, und ich glaube, es ist doch endlich an der Zeit, daß seitens der Großh. Regierung in ernstliche Erwägungen darüber eingetreten wird, ob der finanziell doch viel kräftigere Staat die finanziell sehr gedrückte Gemeinde nicht ablösen solle durch Uebernahme der Schulgebäude. Es würde dadurch unserer Gemeinde wieder mehr Luft zu freierem Atmen geschaffen, das gebe ich zu. Das Interesse der Schulen aber verlangt ebenso dringend eine Entschließung in dem angegebenen Sinne. Die Schulen sind nicht mehr bloß Schulen von lokalem Werte und von Bedeutung für den Schwarzwald allein, sie sind Schulen für das ganze Land geworden. Ich möchte deshalb der Großh. Regierung es dringend ans Herz legen, die Uebernahme der beiden Schulgebäude schon aus Gründen des Schulinteresses selbst im Auge zu behalten und in absehbarer Zeit dieselbe zu verwirklichen. Gerade die Schnitzerschule leidet unter dem gegentwärtigen räumlichen Mangel. Wie notwendig wäre die Schaffung eines Internates. Die Uhrmacherschule besitzt ein Schülerheim wenigstens, mit dem sie die besten Erfolge erzielte. Die Schnitzerschule mit einem ähnlichen Internate auszustatten, wäre eine sehr dankbare und geradezu dringende Aufgabe. Ich möchte derselben wärmstens das Wort reden, will mich aber auf die Anregung beschränken. Der Mangel an Raum kommt ferner zum Ausdruck in bezug auf die Lehr- und Ausstellungssäle. Die Unterbringung

einer Dienstwohnung für den Vorstand wäre nicht nur billig, sondern entspräche auch einem dringenden Bedürfnis. Die im Schnitzerschulgebäude untergebrachte Schnitzerschule muß sich ebenfalls mit den bescheidensten Raumverhältnissen begnügen. Das sind nun keine auf die Dauer haltbaren Zustände für Unterrichtsanstalten von immerhin sehr beachtenswerter Bedeutung. Die Stadt Furtwangen aber ist nicht in der Lage, hier helfend einzuschreiten, so gerne sie es tun würde.

Wir haben in den letzten Wochen gehört, mit welcher Energie und mit welcher Freigebigkeit man sich unserer Hochschulen angenommen hat. Wir haben gehört, mit welcher Wärme man von allen Seiten des Hohen Hauses für Mittel- und Volksschulen gesprochen und Mittel verlangt hat. Das kann gewiß nur begrüßt und unterstützt werden, aber auch diese Kunst und Wissenschaft, welche in unseren Großherzoglichen gewerblichen und technischen Anstalten gelehrt wird, will Luft und Licht zu freier Entfaltung haben. Die können ihr aber gegeben werden. Lassen Sie nur einen Bruchteil derjenigen Summen, die als Uebererschreitungen bei dem Aufwande für Staatsbauten in großen Städten verbucht werden müssen, oder die für die schon wiederholt hier besprochene Opulenz bei solchen Bauten verausgabt werden, zukommen, und unsere gewiß berechtigte Bitte ist gelöst! Diese Lösung aber ist, ich will das ausdrücklich noch einmal hervorheben, schon im Schulinteresse geboten.

Ich bin am Schlusse und füge nur noch die Bitte hinzu, bei Regelung des Gehaltstarifes auch der Beamten der Furtwanger gewerblichen und technischen Anstalten wohlwollend zu gedenken.

Hg. Neuhans: Wenn auch berechtigte Wünsche in Bezug auf unser gewerbliches Unterrichtswesen noch der Erfüllung harren, so können wir doch im allgemeinen auf dasselbe stolz sein. Unsere Einrichtungen gelten auch außerhalb Badens vielfach als musterhaft, ja als bahnbrechend. Es dürfte heute über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Gewerbeschulen und gewerblichen Fortbildungsschulen kaum ein Zweifel sein. Wenn auch der eine oder der andere Handwerksmeister sich mit dem Gedanken noch nicht ganz vertraut gemacht hat, daß zeitweise während der Arbeitszeit sein Lehrling in die Schule gehen muß, so muß doch jeder einzelne Meister endgiltig damit rechnen, daß es unbedingt nötig ist bei dem heutigen wirtschaftlichen Kampfe, daß die einzelnen Lehrlinge ihre Kenntnisse auch theoretisch vervollkommen müssen. Besonders freut es mich, daß die kaufmännischen Fortbildungsschulen sehr zugenommen haben. Sie sind das jüngste Kind auf dem Gebiet der gewerblichen Fortbildung. Wir haben 32 kaufmännische Schulen mit staatlicher Unterstützung. Vielfach ist die Stundenzahl aber noch zu gering, mit 3 bis 4 Stunden wöchentlich kommt man nicht aus, es sollten mindestens 6 bis 8 Stunden wöchentlich gegeben werden. Mit dem System der Abendstunden sollte endgiltig gebrochen werden. Die kaufmännischen Lehrlinge sind vielfach noch nicht 16 Jahre alt. Die Jungen sind oft gezwungen, nachdem sie 10 Stunden oder länger in ihrem Geschäft gearbeitet haben, abends noch in den Unterricht zu gehen. Daß dabei nicht viel herauskommen kann, ist klar. Vielen meiner Berufsgenossen wird es schwer, am Tag ihren Lehrling fortkommen zu müssen, aber es ist so dringend nötig, daß ein besserer Kaufmannsstand herangezogen wird, daß unbedingt darauf gesehen werden muß, daß der Unterricht überall obligatorisch ist und am Tag stattfindet. Die meisten und bestausgebildeten kaufmännischen Schulen hat Sachsen. Ich

habe selbst beim Ausschreiben von Stellen die Erfahrung gemacht, daß aus Sachsen die brauchbarsten und besten Offerten kommen. Vor zwei Jahren wurden Unterstützungen der Handelshochschulen und Fortbildungskurse in Aussicht gestellt. In Baden haben wir noch keine Handelshochschule; diese Frage dürfte auch noch nicht spruchreif sein. Wir sehen auf dem Gebiet des kaufmännischen Fortbildungswesens überall ein Vorwärtsdrängen in dem Bewußtsein, daß es heutzutage dringend notwendig ist, sowohl im Wettbewerb im deutschen Inland als im Kampf um den ausländischen Weltmarkt, eine tüchtige Vorbildung zu haben. Nichts ist schwieriger, als leitende Stellen, Procuristen und dergl. gut zu besetzen. Hier fehlt es meist an gut ausgebildeten Leuten. Für den Handelsschulinspektor ist ein Betrag von 1500 M. angefordert. Die Regierung hat diesen Inspektor als sehr nötig bezeichnet, und ebenso die Budgetkommission. Vor wenigen Tagen habe ich hier in Karlsruhe gehört und gesehen, welche schöne Resultate in den kaufmännischen Fortbildungskursen für Gewerbe- und Volksschullehrer erzielt worden sind. Es ist doch wohl kein Erfordernis, daß der Handelsschulinspektor unbedingt ein akademisch gebildeter Mann sein muß. Ich meine, das Gute liegt so nahe, daß man nur zugreifen braucht und die Inspektorstelle ist in guten Händen. Hoffentlich fällt die Entscheidung recht bald.

Abg. Hoffmann: Das Gewerbeschulwesen hat in Baden große Fortschritte gemacht. Es müssen ständig neue Kurse errichtet werden, und es besteht die große Schwierigkeit für die Lehrer, die Schüler entsprechend zu verteilen, um mit den vorhandenen Lehrkräften auszukommen. Die Städte sind dazu übergegangen, den praktischen Unterricht weiter auszubilden. Wir können mit unseren Gewerbeschulen sehr zufrieden sein, besonders in Anbetracht der Verhältnisse vor 20 und 30 Jahren. Ich kann die Kunstgewerbeschule diesmal freundlicher besprechen als vor zwei Jahren. Ich habe den Neubau der Karlsruher Kunstgewerbeschule besichtigt und mich überzeugt, daß die Anlage sehr vorteilhaft ist. Diese Anstalten sind mehr verborgen, der Betrieb entzieht sich mehr oder weniger der Aufmerksamkeit auch derjenigen, die dazu berufen wären, sich darum zu kümmern. Ueber die innere Einteilung der Kunstgewerbeschule will ich einige Angaben machen. Wir haben eine Bildhauerabteilung mit drei Kursen, eine Ziseleerschule mit zwei Kursen, eine Dekorationschule mit drei Kursen, eine keramische Schule mit drei Kursen, eine Zeichenschule mit vier Kursen, eine Architekturschule mit drei Kursen und eine Schülerinnenabteilung. Letztere ist von vorbildlichem Fleiß. Wir haben auch eine Abendchule. Vor zwei Jahren habe ich betont, daß die Aufhebung der Winterschule unangenehm empfunden wurde. Erfreulicherweise ist dieser Kurs jetzt wieder eingerichtet worden. Eines ist aber zu bemängeln. Der Kurs findet im Dachstuhl statt in ungenügenden Räumen. Man hätte die Dachkonstruktion besser anders gehalten, um dadurch mehr Raum zu gewinnen. Die Frequenz der Anstalt beträgt 200 Schüler, 63 Schülerinnen, 48 Abendchüler. Das Alter geht bis zu 35 Jahren, bei Schülerinnen bis 40, bei den Abendchülern bis 31. Noch einige Angaben über die Staatsangehörigkeit. Es sind 221 Badener, 41 Preußen, 4 Altbayern, 1 Sachse, 7 Württemberger, 3 Hessen, 3 Reichsländer, 4 Oesterreicher, 7 Schweizer, 1 Franzose, 1 Südamerikaner, 3 Nordamerikaner.

Mit der Kunstgewerbeschule verbunden ist eine Kunstgewerbemuseum. Ich weiß nicht, wie viele Herren schon dieses Museum besucht haben. Denjenigen, die es noch

nicht getan haben, möchte ich sehr empfehlen, gelegentlich den Spaziergang dahin ausdehnen zu wollen. Die Sammlungen, die von dem verstorbenen Direktor Götz angelegt und seitdem immermehr erweitert worden sind, bieten so viel des Interessanten, daß sich ihr Besuch wirklich lohnt.

Abg. Dr. Wilkens: Es ist bereits von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß unser gewerbliches und kaufmännisches Unterrichts- und Fortbildungswesen in erfreulicher Entwicklung begriffen ist. Das harmonische Zusammenwirken von Staat und Gemeinden zeitigt hier wirklich gute Resultate. Wir haben aber auch alle Veranlassung anzuerkennen, mit welchem Eifer und Erfolg die Lehrer an diesen Schulen es sich angelegen sein lassen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Wenn der Unterricht in den letzten Jahren so günstige Ergebnisse gehabt hat, so hängt dies jedoch auch damit zusammen, daß in der Mehrzahl der Gemeinden nunmehr eine Verpflichtung der Lehrlinge und Gehilfen zum Schulbesuch durch Ortsstatut ausgesprochen ist. Nach meinen Erfahrungen ist, wenn auf diesem Gebiete auf die Dauer Gutes geleistet werden soll, die Durchführung des Schulzwanges nicht zu entbehren. Ich bin auch weiter der Ansicht, daß der obligatorische Unterricht, wenn er prosperieren soll, am Tage gegeben werden muß, nicht in den Abendstunden, in denen, wie der Abg. Neuhaus bereits mit Recht hervorgehoben hat, die Schüler zu müde und abgelenkt sind, um für einen intensiveren Unterricht noch aufnahmefähig zu sein. Den freiwilligen Unterricht kann man eher auf die Abendstunden verlegen. Der obligatorische Unterricht sollte ferner nur an den Werktagen, nicht auch Sonntags gegeben werden. Es ist zu begrüßen, daß in den letzten Jahren auch in dieser Richtung Fortschritte erzielt wurden. Sehr zu wünschen wäre es, wenn die Regierung in Wälde für die Handelsschulen einen ständigen Inspektor anstellen würde. Die Schwierigkeiten, welche seither einer solchen Anstellung entgegenstanden, scheinen in der Hauptsache auf personellem Gebiete zu liegen. Ich hoffe aber, daß es der Größ. Regierung gelingen wird, diese Schwierigkeiten demnächst aus dem Wege zu räumen. Denn ein Bedürfnis nach Anstellung eines Handelsschulinspektors besteht durchaus. Es wäre weiter auch sehr erwünscht, wenn für die Handelsschullehrer eine besondere Vorbildung und Prüfung vorgeschrieben, und wenn im Gehaltsstafel für diese Lehrer eine besondere Kategorie vorgesehen würde. Jetzt können nur Reallehrer als Handelsschullehrer angestellt werden; es ist daher für die Handelsschullehrer die Ablegung des Reallehrexamens erforderlich. Nach meinen Erfahrungen sind aber auch in den Kreisen der Volksschullehrer tüchtige Kräfte vorhanden, die sich zur Verwendung als Handelsschullehrer eignen, und es ist nicht abzusehen, warum diese noch ein besonderes Reallehrexamen ablegen sollen, um die Wohltat der Anstellung nach Maßgabe des Gehaltsstafels zu erlangen. (Abg. Jhrig: Sehr richtig!) Was sodann die im Kommissionsbericht erwähnte Revision der landesherrlichen Verordnung über die Einrichtung und Leitung der Gewerbeschulen vom Jahre 1868 anbelangt, so wurden schon vor einer Reihe von Monaten die Gewerbeschulräte der größeren Städte über ihre desfallsigen Wünsche gehört. Ich wäre der Größ. Regierung für eine Auskunft über den Stand der Angelegenheit dankbar und würde einen baldigen Abschluß der Verhandlungen für erwünscht halten, da die jetzige Verordnung in vielen Beziehungen veraltet ist. Dankenswert wäre auch, wenn die Regierung vor der definitiven Feststellung der Verordnung den Entwurf noch einer Anzahl von Gewerbeschulräten zur Äußerung mitteilen würde. Für erwünscht würde ich es

ferner hatten, daß die Bezeichnung des Großh. Gewerbeschulrats geändert und ihm etwa der Name „Landesgewerberat“ beigelegt würde. Die jetzige Bezeichnung führt zu vielfachen Verwechslungen, da die Behörden, welche die örtliche Aufsicht über die Gewerbeschulen haben, ebenfalls den Namen „Gewerbeschulrat“ tragen.

Wie ich eingangs bereits gesagt habe, kann man im großen und ganzen mit der Entwicklung unseres gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens zufrieden sein. Es muß anerkannt werden, was die Regierung auf diesem Gebiete leistet, ebenso aber auch, welche Opfer die Gemeinden bringen. Ich habe die Ueberzeugung, daß gerade auf diesem Wege unserem Gewerbe am besten geholfen werden kann und tatsächlich auch geholfen wird.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Frhr. v. Dusch: Da für die allgemeine Debatte kein Redner mehr vorgemerkt ist, möchte ich schon jetzt kurz auf die wesentlichen Punkte in den bisherigen Erörterungen eingehen. Ich will zunächst anschließen an die Ausführungen des Herrn Abg. Bildens. Er hat die Erlassung neuer Vorschriften über die Einrichtung und Leitung unserer Gewerbeschulen und eine neue Bezeichnung für den Gewerbeschulrat angeregt. Was den ersten Punkt anbetrifft, so kann ich auf die im Berichte niedergelegte Mitteilung der Großh. Regierung verweisen und nur wiederholen, daß der Entwurf einer neuen landesherrlichen Verordnung zurzeit bearbeitet und wohl in nicht allzulanger Zeit fertig gestellt werden wird. Es wird vor deren Erlassung auch nicht unterlassen werden, den Entwurf, wie dies die Regierung bereits der Budgetkommission in Aussicht gestellt hat, einigen größeren Gemeinden zur Begutachtung mitzuteilen. Was die Benennung des Gewerbeschulrats betrifft, so ist anzuerkennen, daß dieselbe eine nicht besonders glückliche ist, insofern als die örtlichen Aufsichtsbehörden in den Gemeinden mit Gewerbeschulen die gleiche Bezeichnung führen. Es wird deshalb erwogen werden, ob für den Gewerbeschulrat nicht eine neue Bezeichnung gefunden werden kann, die mehr seinem Charakter als Zentralmittelbehörde entspricht.

Von verschiedenen Seiten ist die Bestellung eines Handelschulinspektors angeregt worden. Ich kann auch in dieser Beziehung auf die im Berichte mitgeteilte Auskunft der Großh. Regierung verweisen. Die Regierung hat ihr Augenmerk auf die Auswahl einer geeigneten Persönlichkeit gerichtet; gewisse Schwierigkeiten liegen aber darin, daß der betreffende Beamte nicht voll beschäftigt werden könnte.

Der Herr Abg. Neuhaus hat über kaufmännisches Fortbildungswesen gesprochen und dabei den Wunsch ausgedrückt, die Zahl der Unterrichtsstunden möge erhöht werden (von 3—5 auf etwa 6—8 Stunden). Es ist dies eine ebenso beherzigenswerte Anregung wie die weitere, daß der Unterricht nicht in den Abendstunden gegeben werden sollte. Aber einen Einwand — das Entgegenstehen divergierender Interessen der Prinzipale — hat der Herr Abg. Neuhaus bereits selbst hervorgehoben. Beide Fragen sind sehr erwägenswert, und die Großh. Regierung wird ihre Lösung fortgesetzt im Auge behalten.

Es sind weiter im Laufe der Debatte Wünsche bezüglich der Uhrmacherschule und der Schnitzerschule in Furtwangen geäußert worden. Der Herr Abg. Duffner hat die Uebernahme der Gebäulichkeiten durch den Staat empfohlen. Der Staat hat indes seinerzeit bereits einen erheblichen Beitrag zu den Baukosten geleistet. Ich glaube deshalb nicht, daß die Regierung, auch abgesehen von der Finanzlage, so rasch dazu gelangen wird, die Gebäude

zu übernehmen; ich will die Gründe für und gegen nicht näher erörtern, denn ein Grund ist absolut ausschlaggebend, das ist die Finanzlage. Uebrigens glaube ich, in Uebereinstimmung mit dem, was der Berichterstatter hervorgehoben hat, sagen zu können, daß wir auf dem Gebiete des Gewerbeschulwesens nicht zurückgeblieben sind, daß der Staat vielmehr erhebliche Opfer bringt, und auch in diesem Budget trotz der Finanzlage eine erhebliche Steigerung des Aufwandes eingetreten ist.

Abg. Dr. Weiß: Bei der Erlassung der neuen Verordnung über die Gewerbeschulen wird wohl auch die vom Verbands badischer Gewerbeschulmänner angeregte Frage einer Verwandlung der städtischen Gewerbeschulen in Bezirksgewerbeschulen eine Rolle spielen. Der Verband der mittleren Städte hat sich seinerzeit gegen Bezirksgewerbeschulen ausgesprochen, was bei den Gewerbelehrern mit Bedauern aufgenommen wurde. Nun weiß ich die guten Absichten, die zu dem Vorschlage führten, vollkommen zu würdigen. Man hoffte, den Schulen größeren Zuzug aus der Umgebung zu schaffen, sie leistungsfähiger zu machen, und besonders ihre Gliederung in Fachabteilungen zu erleichtern. Ein Bezirksverband, wie er zur Unterhaltung einer Bezirksgewerbeschule geschaffen werden müßte, ist aber, wie sich auf allen andern Gebieten erwiesen hat, ein sehr schwerfälliger und schlecht arbeitender Apparat. In vielen Bezirken, in denen außerhalb der Amtstadt fast nur Landwirtschaft getrieben wird, ist eine erhebliche Zahl von Schülern aus der Umgebung überhaupt nicht zu erwarten. Aber auch wo auf dem Lande mehr oder weniger Gewerbe betrieben wird, scheint mir die Erreichung des von den Gewerbeschulmännern verfolgten guten Zweckes nicht von der Errichtung einer Bezirksanstalt abhängig zu sein. Schon seither lassen die Städte Schüler aus der Umgebung in liberalster Weise zu, ohne von den Landgemeinden irgend welche Gegenleistung zu verlangen. Wo aber eben dadurch, daß die Landgemeinden den Schulbesuch obligatorisch machen würden, der Zugang ländlicher Schüler so stark werden sollte, daß er ohne einen Beitrag der betreffenden Gemeinden nicht mehr ertragen werden könnte, da würden eben Verträge abzuschließen sein, die den Landgemeinden die Mitbenützung der Schule sichern würden, nötigenfalls indem der Staat in solchen Fällen einen erhöhten Zuschuß zur Unterhaltung der betreffenden Schulen leisten würde. Das wäre sicher in der Regel ein zweckmäßigerer Weg als der, die Bezirksgemeinden zur Beteiligung an einem Verbandsverbande zu drängen. Bestreiten will ich allerdings nicht, daß es einzelne Bezirke gibt, in denen ein Verband möglich wäre, weil mehrere Gemeinden von nicht sehr verschiedener gewerblicher Bedeutung nahe beisammen liegen. Ich möchte deshalb auch die Bildung von Verbänden nicht erschwert sehen, aber ich möchte sie auch nicht künstlich gefördert sehen, wo sie keinen rechten Boden findet; ich möchte empfehlen, daß man die Sache der freien und natürlichen Entwicklung überläßt.

Abg. Neuwirth: Es wurde von verschiedenen Seiten der Wohlthaten der gewerblichen Fortbildungsschulen gedacht. Die gewerblichen Fortbildungsschulen haben sich in ländlichen Bezirken gut eingeführt. Sie treffen ja lediglich solche Gemeinden, in denen keine Gewerbeschulen aus Mangel an größerer Beteiligung von Schülern eingeführt werden können. Wenn auch die Schüler in diesen Schulen in der Ausbildung nicht so weit kommen, daß sie Pläne und Kostenüberschläge selbständig entwerfen können, so lernen sie doch Pläne und Kostenüberschläge

verstehen und danach arbeiten, und das sind schon für den kleinen Handwerker große Vorteile, umso mehr, wenn man bedenkt, wie viele Handwerker heute noch auf dem Lande sich befinden, welche nicht nach Zeichnungen u. Plänen arbeiten können, weil sie sie nicht verstehen. Was die Hauptsache ist, das ist, daß die Einführung solcher Schulen die Gemeinden nicht hoch belastet. Die Unterrichts-kosten wurden bisher aus der Staatskasse bestritten, die Gemeinden hatten nur für das Lokal, Heizung und Beleuchtung aufzukommen. Im letzten Jahr ist eine Wendung in dieser Beziehung eingetreten, man hat seitens des Oberschulrats den Unterricht besser honoriert und den Mehraufwand im Betrag von 160 M. jährlich den Gemeinden aufgebürdet. Ich habe meinerseits gewiß nichts gegen die Aufbesserung der Lehrer einzuwenden und halte das Verlangen der Lehrer um höhere Bezahlung für berechtigt. Ich bin der Meinung, daß man den bisherigen Modus, wonach der Aufwand für den Unterricht aus der Staatskasse bestritten wird, beibehalten, und die kleinen Gemeinden, an welche man bezüglich des Schulwesens immer höhere Anforderungen stellt, nicht noch mehr belasten soll.

Geh. Rat **Becherer**: Die Vergütung, die bisher für den gewerblichen Fortbildungsunterricht festgesetzt war, betrug 50 M., derselbe Betrag, den Volksschullehrer für Stunden, die sie über 32 Stunden hinaus erteilen, erhalten. Dieser schien dem Gewerbeschulrat zu nieder mit Rücksicht darauf, daß die Lehrer, welche diesen Unterricht erteilen, eine große Vorbildung sich angeeignet haben, und es schien angemessen, diesen Betrag von 50 Mark auf 70 M. zu erhöhen. Es ist aber von seiten des Gewerbeschulrats von vornherein in Aussicht genommen worden, daß minder bemittelten Gemeinden, die nicht in der Lage sind, diese Erhöhung zu tragen, diese ganz oder teilweise nachgelassen, bzw. ersetzt werden solle. In der Tat ist auch vor einigen Tagen 14 Gemeinden, die sich weigerten, die Erhöhung zu bezahlen, mit Wirkung vom 1. Januar 1903 ab die Zahlung der Erhöhung im Gesamtbetrag von 1800 M. nachträglich ersetzt worden. Ich möchte noch dabei hervorheben, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen sich so zahlreich entwickelt haben, daß sie mancherorts an die Stelle der gewerblichen Fortbildungsschulen getreten sind, und dadurch die Gemeinden eine Ersparnis erhalten haben, so daß kein Grund für sie vorliegt, sich über die Kosten der gewerblichen Fortbildungsschulen zu beschweren.

Die allgemeine Beratung wird hierauf geschlossen.

Abg. **Oßfischer** verzichtet auf das Schlußwort.

Es werden hierauf sämtliche Positionen unter III. Gewerbliche Unterrichtsanstalten A. Gewerbeschulrat, B. Gewerbeschulinspektion, C. Kunstgewerbeschule Karlsruhe angenommen.

Zu D. Kunstgewerbeschule Pforzheim ist folgender Antrag eingekommen.

Die Unterzeichneten beantragen, Hohe Zweite Kammer wolle die Großh. Regierung ersuchen, in einem noch diesem Landtag vorzuliegenden Nachtrag zum Budget eine erste Rate für den Neubau einer Kunstgewerbeschule in Pforzheim anzufordern.

Wittum. Schneider. Köhler. Eichhorn.

Zur Begründung des Antrags erhält das Wort Abg. **Wittum**: Die Führer der beiden größten Parteien des

Hauses haben in eindringlichen Worten die Ermahnung an uns gerichtet, wir möchten durch notwendige Selbstbeschränkung im Reden mit dazu beitragen, daß die Debatten nicht allzusehr verlängert würden. Ich habe diese Selbstbeschränkung von jeder ausgeübt derart, daß ich sogar in den Zeitungen als Lapidarredner bezeichnet wurde. Heute handelt es sich aber um hochwichtige Interessen eines der größten und blühendsten badischen Industriezweige, so daß es gewiß nicht unbescheiden erscheinen mag, wenn ich heute einmal ausnahmsweise Ihre Nachsicht und Geduld längere Zeit in Anspruch nehme. Im Bericht des Berichterstatters wird auf Seite 4 bezüglich der Erbauung einer neuen Kunstgewerbeschule in Pforzheim die Hoffnung ausgesprochen, es möchten die Verhandlungen zwischen Staat und Stadtverwaltung zu einem gedeihlichen Ende führen, und eine erste Baureihe in das nächste Budget aufgenommen werden. Mit dieser abermaligen Hinausschiebung auf zwei Jahre ist aber der Sache nicht gebient. Die Kunstgewerbeschule in Pforzheim hat, wie sich durch Zeugnisse aus englischen, französischen und amerikanischen Zeitungen belegen läßt, einen Weltruf erworben, auf den nicht bloß Pforzheim, sondern auch die badische Regierung stolz sein kann. Unsere kunstgewerbliche Anstalt hat neben dem eisernen Fleiß, dem Unternehmungsgeist und der Geschicklichkeit der Pforzheimer Fabrikanten und Arbeiterschaft in erster Reihe dazu beigetragen, daß unsere badische Gold- und Silberwarenindustrie im Verlauf der letzten Jahrzehnte im Wettkampf mit anderen Nationen den Weltmarkt sich erobert hat und heute weit über 100 000 Menschen beschäftigt. Sie werden auf den ersten Blick diese Zahlen etwas hoch finden. Es ist aber buchstäblich so. Nicht nur 60 000 Pforzheimer leben davon, sondern auch nicht weniger als 50 badische Dörfer hängen mit ihren gesamten Interessen aufs innigste mit diesem Industriezweig zusammen. Dazu kommen 70 württembergische Dörfer, aus denen tausende von Arbeitern in den Pforzheimer Fabriken Beschäftigung finden. Es ist statistisch nachgewiesen, daß im ganzen nicht weniger als 120 Dörfer teils mit Arbeiterzügen, teils zu Fuß nach Pforzheim kommen, um dort ihrem Verdienst nachzugehen. Wer sich davon ein richtiges Bild machen will, darf nur bei Beginn oder Schluß der Arbeitszeit auf den Bahnhof oder die Landstraßen gehen. Er wird sehen, wie einem reißenden Strom gleich, die Arbeiter beiderlei Geschlechts, die männlich Starken und die weiblich Schwachen, sich nach oder von den Arbeitsstätten ergießen. Aber nicht nur die in den Pforzheimer Fabriken beschäftigten Arbeiter werden alimentiert, dazu kommen viele andere Leute aus andern Gewerben. Da ist die Werkzeug- und Maschinenfabrikation, die Bürsten- und Schachtelmacher, die Kistenverfertiger, die Kohlenbrenner des Schwarzwaldes, die alljährlich tausende von Zentnern Holzkohlen liefern, die Tuchfabriken, die ebenfalls tausende von Metern Poliertuch liefern, die Lieferanten von Seidenpapier, Schreibpapier, Kontorutenfilien, von Del, Spirit, Chemikalien, die Baugewerbetreibenden, die Schlosser, die Zimmerleute, die Schreiner, Installateure. Selbstverständlich darf auch die Landwirtschaft und Viehzucht treibende Bevölkerung dazu gerechnet werden, die in Pforzheim lohnenden Absatz findet. Es werden also mehr wie 220 000 Menschen mehr oder weniger mit dieser Industrie zusammenhängen. Ich habe schon einmal hier auf die bedauerliche Tatsache hingewiesen, daß Pforzheim hier in Karlsruhe weniger bekannt ist als in Paris, London, Lissabon, Rio de Janeiro, Buenos Aires, Lima, Smyrna, Delhi, Singapur. Ich habe geglaubt, daß es seither besser gestellt sei mit dieser Kenntnis. Allein mein Glaube wurde wieder schwer erschüttert. Vor einigen Monaten wurde hier ein schöner Geschichts-

atlas über die badische Geschichte herausgegeben und zwar, wie auf dem Titel steht, mit Unterstützung des Ministeriums für Justiz, Kultus und Unterrichts. In diesem ganz trefflichen Werk ist eine Reihe stattlicher fein ausgeführter Bilder von Konstanz, Freiburg, Offenburg usw. enthalten. Ueber die Markgrafenstadt und Residenz Pforzheim aber mit seiner ruhmvollen Geschichte, seiner alten Schloßkirche, seiner Ahnenruhestätte, ist in dem ganzen Werk kein Bild enthalten und keine Silbe gesagt. Geographie war von jeher mein Lieblingsfach. Ich kann daher auf das Bestimmteste versichern, Pforzheim liegt wirklich in Baden, nicht in Württemberg. (Weiterkeit.) Wenigstens müssen wir unsere Steuern nach Baden bezahlen. Wenn wir nicht in Baden wären, würde ich nicht seit dem 8. Dezennium des 20. Jahrhunderts hier in der Kammer sitzen. Als Beweis über die bezüglich der Pforzheimer Industrie herrschende Unkenntnis will ich eine typische Geschichte erzählen. Sie ist vor Jahren in Berlin geschehen. Einer der ältesten Reichsbeamten, der bei der Schaffung des Feingehaltsgesetzes Reichskommissar war, besaß eine Sammlung von Erzeugnissen der Goldschmiedekunst aus den verschiedensten Ländern und Zeiten in einem Umfang und Wert, wie ich sie noch nie gesehen hatte. Er zeigte mir eines Tages eine 18karätige goldene Kette mit dem Bemerkenswerten, eine so feine Kette könne in Pforzheim nicht gemacht werden. Ich entdeckte darauf den mir wohlbekannten Stempel einer Pforzheimer Fabrik, die Jahr aus Jahr ein ein großes Lager von Ketten in Paris hält. Der Reichskommissar war sehr erstaunt und brachte mir dann eine sehr fein gearbeitete mattgoldene Brosche, die auf der Rückseite ein Glas und darunter eine Photographie zeigte. Die Brosche zeigte er mir triumphierend und meinte, die badische Industrie könne so etwas doch nicht fertig bringen. Wir kam die Arbeit bekannt vor, ich wußte auch, daß unsere Goldschmiede die Gepflogenheit haben, ihren Namen innen einzukritzeln. Ich nahm also das Bild heraus und da stand ganz deutlich „Kufierer“. Die Brosche war in Rom gekauft. Der Name Kufierer kommt viel in Pforzheim vor. Der Herr Reichskommissar bekam dann einen ganz anderen Begriff von unserer Industrie. Ein anderer Fall ist folgender: Vor einigen Jahren kaufte eine junge Pforzheimerin in Lagos an der Elaventüste einen Ring für 14 M., angeblich Negearbeit mit arabischen Schriftzeichen. Sie war nicht wenig erstaunt, als sie erfuhr, daß dieser Ring aus der Fabrik ihres eigenen Vaters stammte, der ihn zu Hunderten zum Preise von 2 M. das Stück an englische Kundschaft verkaufte. (Weiterkeit.) Viele deutsche Reisende kaufen im Ausland goldene Schmuckwaren, die zum größten Teil aus Pforzheim stammen. Ich selbst habe erlebt, wie Leute alte etruskische Schmucksachen in Florenz, ägyptische in Delhi kauften, die in Pforzheim angefertigt waren. Ich habe Ihnen das Alles erzählt, um der Regierung, insbesondere dem Herrn Unterrichtsminister, der leider leicht geneigt ist, die Pforzheimer Kunstgewerbeschule für nur lokal bedeutsam zu halten, ein klares Bild über die umfangreiche Industrie zu geben. Je mehr die Industrie sich kräftigt und blüht, desto mehr erweckt sie den Neid und den Wettbewerb der Franzosen und Italiener. Diese geben sich die größte Mühe, unsere Industrie zurückzudrängen. Erst vor wenigen Monaten wurde von der Konkurrenz in Paris versucht, die französischen Zeitungen zu veranlassen, daß sie keine Offerten von Pforzheim mehr annähmen. Ich fuhr neulich mit einem Fabrikanten nach Pforzheim, der erzählte, er sei mit einem spanischen Kunden nach Mailand gefahren und habe bemerkt, daß jetzt dort goldene Ringe erheblich billiger angefertigt werden als in Pforzheim. Der Spanier habe

dort einen großen Auftrag erteilt, der nun der badischen Industrie verloren ging. Die Italiener können billiger fabrizieren, weil sie niedrigere Löhne und längere Arbeitszeit haben. Dort müssen die Unternehmer auch nicht die großen Beiträge zahlen für die Berufsgenossenschaft, die Kranken- und Invalidenkassen. Es gibt keine Fabrikinspektion, keine Arbeiterfürsorgegesetze. Die geistigen und leiblichen Bedürfnisse der italienischen Arbeiter sind auch erheblich geringer als die unserer kulturell höher stehenden deutschen Arbeiter.

Wenn wir die überragende Stellung unserer Industrie aufrecht erhalten wollen, so kann dies nur geschehen einmal durch eine immer vollkommeneren Fabrikationseinrichtung und sodann, und zwar in erster Reihe dadurch, daß wir das feinste künstlerische Verständnis und eine vollendete Technik in die Kreise der Arbeiter tragen. Nur dadurch können hunderte von Arbeitern auf eine höhere Lohnstufe sich hinaufarbeiten. Diesem Zweck hat seither die Kunstgewerbeschule in Pforzheim gedient, und sie soll und muß ihm dienen. Sie hat nicht nur eine lokale, sondern im eminenten Sinn eine allgemein staatliche Bedeutung. Diesem Zweck hat die Kunstgewerbeschule in Pforzheim durch 3 Jahrzehnte hindurch gedient, und sie wurde überall auch in anderen Ländern als Musteranstalt angesehen. Nicht umsonst kamen fremde Staatskommissäre nach Pforzheim, um unsere Anstalt zu besichtigen, um die Erfahrungen dann zu unserem Schaden zu verwerten. Nunmehr aber stehen wir vor der Gefahr, daß unsere Kunstgewerbeschule in die 2. oder 3. Linie herabgedrückt wird. Sie ist jetzt in ein Stadium getreten, daß ihr Schwierigkeiten bereitet werden durch den Mangel an Räumlichkeiten und Lehrkräften. Schon im Jahre 1901 mußte die Hälfte der sich anmeldenden Schüler wegen Raummangels zurückgewiesen werden. Im Jahre 1902/03 ging es ebenso. Unter den Zurückgewiesenen befinden sich nun aber sehr viele Arbeiter, die ihre Lehrzeit beendet haben und sich weiter ausbilden wollen, die Elite unserer Arbeiterschaft. Das ist tief bedauerlich, auch vom sozialpolitischen Standpunkte aus. Die Zahl der Lehrer an unserer Kunstgewerbeschule erreicht, obwohl wir mehr Schüler als die Karlsruher Kunstgewerbeschule haben, nicht einmal die Hälfte der an letztgenannter Schule tätigen Lehrkräfte. Unsere Kunstgewerbeschule kostet den Staat $2\frac{1}{2}$ mal weniger als die Karlsruher Kunstgewerbeschule. Trotz der Zurückweisung von Schülern sind aber die einzelnen Unterrichtsabteilungen der Pforzheimer Kunstgewerbeschule überfüllt, so müssen im Modelierunterricht 91 Schüler in einer Abteilung unterrichtet werden. Wir haben uns nun seit Jahren abgemüht, die Großh. Regierung zu veranlassen, zu einem Neubau einer Kunstgewerbeschule in Pforzheim zu schreiten. Mit Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 21. Juni 1901 wurde darauf der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß die Regierung zu einem Neubau nur schreiten könne, wenn die Stadt Pforzheim den Bauplatz zur Verfügung stelle. Wir haben diesem Begehren alsbald Folge gegeben und durch Beschluß des Bürgerausschusses einen schönen und geeigneten Bauplatz um 116 000 Mk. angekauft und dem Staate zur Verfügung gestellt. Wir haben dies getan, obgleich die Stadt Karlsruhe für ihre zwei prachtvollen Gebäude der Kunstschule und Kunstgewerbeschule keinen roten Pfennig Beitrag geleistet hat — weder zum Bauplatz, noch zum Bau, noch zum Betrieb. Wir taten es, obgleich die Kgl. Akademie in Gannau, die Hauptkonkurrenzstadt für Pforzheim, vollständig vom preußischen Staat erbaut ist und unterhalten wird, obgleich wir in Pforzheim die jetzige Kunstgewerbeschule mit einem Aufwand von 600 000 Mk. aus städtischen Mitteln erbauten, jähr-

lich reichliche Dotationen zum Betrieb beisteuerten und dem Staat erhebliche Summen erspart haben. Wir haben es getan, obgleich wir vor Jahren eine Gewerbeschule erbaut haben und jetzt unmittelbar vor der Erbauung einer zweiten Gewerbeschule stehen. Wir haben uns sogar dabei beruhigt, als vor einigen Monaten der Bescheid kam, daß die 1. Baurate zum Neubau einer Kunstgewerbeschule mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates erst im Budget 1906/07 eingestellt werde, obgleich wir der Ueberzeugung waren, daß eine erste Rate wohl hätte eingestellt werden können durch Ersparung an anderen staatlichen Gebäuden, die nicht produktiv wirken, die dem Staate keine neuen Steuerquellen erschließen, die unsere Bevölkerung nicht befähigen, konkurrenzfähig zu sein, die nicht Millionen einbringen. Wir waren deshalb sehr überrascht und erstaunt, als im Bericht zu lesen war, daß bezüglich des Neubaus einer Kunstgewerbeschule in Pforzheim noch weitere Verhandlungen schweben wegen Leistung eines Vertrags seitens der Stadt. Das muß wohl auf einem Irrtum beruhen und scheint unmöglich zu sein. Eine Deputation ist f. Zt. bei dem Herrn Unterrichtsminister in einer Audienz vorstellig geworden. Wir haben ihm damals nachgewiesen, daß die Pforzheimer Kunstgewerbeschule den Staat nicht weniger, ja sogar mehr nütze als die Karlsruher, weil unsere Schüler im Lande bleiben, um der Industrie künstlerisch zu dienen, während die Schüler der Karlsruher Kunstgewerbeschule zum Teil sich später in alle Länder zerstreuen und dem einheimischen Gewerbe Konkurrenz bereiten. Wir haben ihm ferner nachgewiesen, daß auf unseren badischen Hochschulen, die alljährlich Millionen verschlingen, nicht nur badische Landeskinder, außer-badische Deutsche, sondern auch Russen, Portugiesen, Serben, Czechen u. s. w. studieren, auf badische Staatskosten sich ausbilden, um uns nachher in Zukunft eine vielleicht tödliche Konkurrenz zu bereiten. Wir haben ferner nachgewiesen, daß es ein verhängnisvoller Irrtum sei, zu glauben, die Stadt Pforzheim sei eine reiche Stadt, weil viel Gold und viele Edelmetalle darin verarbeitet werden. Das ist nicht der Fall. Die Regierung darf nur einmal die Pforzheimer Bankiers ersuchen, ihr die Sollseite der Pforzheimer aufzuschlagen! Bei uns wohnen nicht hunderte von höheren Beamten und Militärs, bei uns gibt es auch nicht großherzogliche Hoftheater und Sammlungen, die alljährlich Tausende von auswärtigen anziehen. Bei uns lassen sich auch nicht Rentiers wie in Heidelberg, Freiburg und andern Städten nieder. Die außerordentliche Bevölkerungszunahme in den letzten Jahren beruht vielmehr lediglich auf dem Zuzug von Arbeitern und Kleingewerbetreibenden, die glauben, eine auskömmliche Existenz in Pforzheim zu finden. Wenn einzelne Fabrikanten sich in Pforzheim ein Vermögen erworben haben durch Glück oder durch Intelligenz, so ruht dieses Vermögen oft viel mehr in den Büchern steht auf dem Papier. Das, was die Einzelnen erwerben, steckt in Waarendorräten und Ausständen im Ausland und kann über Nacht verloren werden, wenn eine große Handelskatastrophe oder ein Krieg eintritt.

Ich glaube, unsere Darlegungen haben den Herrn Unterrichtsminister überzeugt, wenigstens hat er von einem Baarbeitrag kein Wort mehr gesprochen. Die Deputation hatte dann noch andere Audienzen u. A. bei dem verstorbenen Herrn Finanzminister Dr. Buchenberger. Dieser gab die Zusicherung, auch er sei der Meinung, daß die Pforzheimer Kunstgewerbeschule ganz in staatlichen Besitz zu nehmen und ein neues Gebäude für dieselbe zu errichten sei, nur konnte er die Einstellung einer ersten Baurate für diesen Neubau in das jetzige Budget nicht in sichere Aussicht stellen.

Die Budgetkommission hat an den 9 Millionen, die

für die Irrenanstalt in Wiesloch angefordert waren, 2 Millionen gestrichen. Der Abg. Weiß hat diese 2 Millionen schon für sich in Anspruch genommen. Ich wäre schon zufrieden, wenn auch nur der zehnte Teil als erste Rate für den Bau der Kunstgewerbeschule in Pforzheim verwendet würde. Auch der Herr Staatsminister hat uns die bestimmte Zusicherung gegeben, daß er angesichts der staatlichen Bedeutung der Kunstgewerbeschule in Pforzheim in erster Reihe für deren Neubau eintreten werde, sobald die Mittel dazu verfügbar seien. Ich möchte in erster Reihe die Herren bitten, dem Antrag den ich eingereicht habe, zuzustimmen, aber auch die Regierung bitten, diesem Antrag gegenüber in freundlicher Weise Stellung zu nehmen, damit dieser hochwichtige Bau schon in diesem Jahr begonnen werden kann, sobald wenigstens in diesem Jahre noch die Fundamente gegraben und dann im nächsten Jahre mit dem Bau begonnen werden kann, während wir sonst in 2 Jahren soweit sind wie heute.

Wir leben in einer wirtschaftlich sehr ernsten Zeit. Der Konkurrenzkampf mit dem Ausland wird täglich intensiver. Nur der kunstgewerblich auf der vollen Höhe stehende und durch tüchtig und technisch vollendete Durchbildung hervorragende wird allein imstande sein, aus diesem Kampf um den Weltmarkt als Sieger hervorzugehen. Daß dies die Pforzheimer Industrie ist, dies liegt nicht nur im Interesse der Stadt Pforzheim, sondern ebenso in dem des badischen Staates und seiner Steuerquellen. (Vantes Bravo).

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Frhr. v. Dusch: Es ist begreiflich, daß der Herr Abg. Wittum den Pforzheim am Herzen liegenden Wunsch der Errichtung eines neuen Kunstgewerbeschulgebäudes in Pforzheim in würdiger Weise vertreten hat, und ich zweifle nicht, daß eine Reihe seiner Argumente auf das Hohe Haus ihren Eindruck nicht verfehlt hat. Immerhin sollten aus seinen Betrachtungen wenigstens einige Gesichtspunkte ausgeschieden werden. Das ist vor allem die Parallele zwischen der Kunstgewerbeschule in Pforzheim und der in Karlsruhe. Es ist überhaupt eine üble Sache, mit solchen Vergleichen und Berechnungen, wer mehr oder weniger bekommt. Aber in diesem konkreten Fall kann doch kein Zweifel sein, daß die Kunstgewerbeschule in Karlsruhe eine Landesunterrichtsanstalt ist; und es wird trotz der außerordentlichen Bedeutung der Pforzheimer Industrie doch mindestens nicht gesagt werden können, daß die Pforzheimer Anstalt eine in erster Linie den Interessen des ganzen Landes dienende sei. Ich glaube also, wir sollten solche Parallelen nicht ziehen. Wenn aber solche Vergleiche angestellt werden, so müßten sie auch vollständig durchgeführt werden. Wenn der Herr Abg. Wittum u. A. die Kunstgewerbeschule in Pforzheim verglichen hat mit den badischen Hochschulen, so möchte ich ihn doch an eines erinnern, daß für diese badischen Hochschulen, die doch gewiß dem ganzen Lande dienen, die Städte schon recht erhebliche Opfer gebracht haben. Selbst wenn wir also annehmen wollten, daß die Pforzheimer Kunstgewerbeschule eine Landesanstalt sei, so würde dies in gar keiner Weise ausschließen, daß die Stadt Pforzheim dieser Anstalt ^{nur} ein größeres materielles Interesse zuwendet als sie bisher getan und in Aussicht gestellt hat. Ich komme damit auf die Entwicklungsgeschichte der Kunstgewerbeschule in Pforzheim, und diese ist mehr als alles Andere geeignet, zu beweisen, daß die Kunstgewerbeschule in Pforzheim in ihren Anfängen anerkanntermaßen als Gemeindeg-

anstalt mit Staatsbeitrag begründet worden ist. Der Staatsbeitrag betrug im Anfang 9500 M. und ist seit dem Jahre 1877 allmählich gestiegen auf 67 400 M. Das hat sich so gemacht, daß, während die Stadt Pforzheim ursprünglich das Gelände gestellt und außerdem den größeren Teil der Lasten der Schule getragen hat, es so gekommen ist, wie es gewöhnlich geschieht, wenn Staat und Gemeinde zusammen arbeiten, daß allmählich das Bestreben immer größer wurde, alle Lasten auf den Staat abzuwälzen. Dieses überall hervortretende Streben findet aber seine Grenze in der Leistungsfähigkeit des Staates. — Der Staat hat also seinen Beitrag zur Kunstgewerbeschule in Pforzheim, wie erwähnt, auf das achtfache gesteigert und allmählich den gesamten Aufwand des Betriebs der Anstalt übernommen, sogar die letzte noch der Stadt obliegende fortlaufende Leistung, nämlich Heizung und Beleuchtung, und er hat damit den Preis des Bauplatzes, den die Stadt Pforzheim für ein neues Schulgebäude gestellt hat, verzinst. Jetzt soll auch die bisher unbestrittene Verpflichtung der Stadt Pforzheim das Gebäude zu stellen, verschwinden und der Staat auch diese Last auf seine Schultern übernehmen. Ich glaube, schon aus dieser Entwicklungsgeschichte werden Sie entnehmen, daß der Staat nicht getarnt hat in seinen Zuschüssen, sondern getan hat, was möglich war. Auch die Behauptung des Abg. Wittum, daß es an Lehrkräften an der Pforzheimer Anstalt fehle, ist unrichtig; der Staat hat getan, was angefordert wurde, nur ist bei der letzten Budgetaufstellung, meines Wissens eine Zeichenlehrerstelle nicht aufgenommen worden. Wenn das Personal kleiner ist als das der Kunstgewerbeschule Karlsruhe, so liegt der Grund darin, daß eben die Pforzheimer Anstalt sich nur auf die Goldindustrie beschränkt, während an der Karlsruher Schule alle Unterrichtszweige des Kunstgewerbes vertreten sind. Ich muß also entschieden bestreiten, daß der Staat es an sich hat fehlen lassen, oder daß er die Kunstgewerbeschule in Pforzheim nicht in genügend entgegenkommender Weise behandelt und diese Anstalt nur als eine solche lokalen Charakters betrachtet habe. Wenn das der Fall wäre, dann könnte ich doch nicht vertreten, daß für eine solche lokale Anstalt ein Betrag von 67 000 M. jährlich ausgeworfen wird. Es läßt sich überhaupt das lokale und allgemeine Interesse der Anstalt schwer abgrenzen, aber die vormaligen örtlichen Interessen liegen in diesem Falle so auf der Hand, daß hierfür ein Beweis gar nicht erbracht zu werden braucht.

Ich komme zu der Frage die der Abg. Wittum aufgeworfen hat, ob seitens des Unterrichtsministers auch ganz den Versprechungen gemäß vorgegangen worden ist, die seiner Zeit bei den mündlichen Besprechungen gemacht wurden. Was die Besuche bei den anderen Ministern anbelangt, so kann ich nur sagen, daß auch die anderen Minister bei der ersten Beratung über die in das außerordentliche Budget einzustellenden Kosten einig waren, daß der Neubau der Pforzheimer Kunstgewerbeschule nicht zu den dringendsten Bedürfnissen gehöre. Was meine Stellungnahme in der Besprechung vom 7. Nov. 1902 mit einer Pforzheimer Deputation anbelangt, so ist darüber etwas Schriftliches nicht aufgenommen worden, allein mein Gedächtnis müßte mich sehr trügen, wenn ich nicht bei jener Besprechung darauf hingewiesen habe, daß der Staat erwarten müsse, daß die Stadt Pforzheim außer dem Bauplatz noch einen Beitrag zu den Baukosten leiste, so daß kein Zweifel darüber entstehen konnte, der Staat werde bei der jetzigen Finanzlage nur dann an einen solchen Bau gehen, wenn die Stadt Pforzheim außer dem Bauplatz noch einen

erheblichen Beitrag zum Neubau leistet. Jedenfalls ist in den Korrespondenzen mit Pforzheim dieser Standpunkt immer festgehalten worden. Welche finanziellen Konsequenzen das Projekt hat, das können Sie daraus ersehen, daß nach einem Voranschlag 1 200 000 M. angefordert worden sind. Auch wenn eine Herabminderung stattfindet, bleibt doch jedenfalls eine Summe von solcher Bedeutung, daß der Staat bei der jetzigen Finanzlage nur mit der größten Vorsicht an ein solches Unternehmen herantreten kann. Hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Pforzheim möchte ich auf die Tatsache hinweisen, daß die Goldwarenindustrie, wenn sie so große Kreise ernährt und so viele Menschen in Pforzheim konzentriert, auch sehr viel Geld nach Pforzheim bringen muß. Der Herr Abg. Wittum hat die Steuerkraft Pforzheims doch etwas unterschätzt. Eine Stadt, die aus ihrer Goldwarenindustrie viele Millionen zieht, müßte doch in der Lage sein, für ein solches Unternehmen einen nicht unerheblichen Beitrag zu leisten, wenn andere Städte für Institute von weniger lokalem Interesse ganz erhebliche Beiträge gezahlt haben. Ich verwahre mich wiederholt dagegen, als sei ich in dieser Angelegenheit den Interessen Pforzheims nicht wohlwollend gesinnt. Dies liegt mir durchaus fern. Ich kann den Herrn Abg. Wittum versichern, daß wenn ich die Mittel aufbringen könnte, es an mir nicht fehlen sollte, das lokale Interesse von Pforzheim mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Wenn Herr Wittum daraus, daß Pforzheim in den von ihm erwähnten Bilberatlas nicht vorkommt, den Schluß zieht, daß das Unterrichtsministerium nicht die notwendige Kenntnis von der Bedeutung der Stadt Pforzheim habe, da täuscht er sich. Dieser Atlas ist nicht etwa ein großes Prachtwerk, sondern ein wenig umfangreiches Buch, zu dem das Ministerium einen Beitrag von einigen 100 M. geleistet hat. Wir haben es nicht auf Vollständigkeit durchgesehen, es ist reine Privatarbeit. Diese Episode hat sich in der Rede des Herrn Wittum sehr gut gemacht, aber daraus ist auf die Stellung des Ministeriums zur Stadt nichts zu schließen. Sie sollte wie andere Städte, die auch für Anstalten wenig lokalen Charakters etwas getan haben, etwas tiefer in den Beutel greifen und sie würde damit außerordentlich erleichtern, daß wir im nächsten Budget einen ersten Posten einsetzen. Schon jetzt einen solchen einzusetzen, ist unmöglich. Die Frage ist im Staatsministerium bereits eingehend erwogen worden. — Gegen einen Vorwurf möchte ich mich schließlich noch entschieden verwahren, daß man nämlich in meinem Ressort an vielen unproduktiven Gebäuden hätte sparen sollen. Sehen Sie unser Budget durch, Sie werden kein solches Gebäude finden. Uebrigens hat ja die Pforzheimer Kunstgewerbeschule ein schönes Gebäude und hat sich darin zu außerordentlicher Blüte entwickeln können, wenn auch das Gebäude nicht mehr allen Anforderungen der Gegenwart entspricht.

Abg. Schneider: Den Ausführungen meines Freundes Wittum kann ich in jeder Beziehung nur voll und ganz zustimmen. Die Zustände, in welchen sich heute die Pforzheimer Kunstgewerbeschule befindet, müssen in der Tat als ihrer für das ganze Land wichtigen und hohen Bestimmung unwürdige bezeichnet werden und es ist im höchsten Grad bedauerlich, daß die Regierung bereits im Jahr 1901 bezüglich des Neubaus die Erklärung abgab, die Budgets pro 1902/03 und 1904/05 seien derart belastet, daß für andere minder dringliche Bedürfnisse (damit ist die Kunstgewerbeschule gemeint), kein Platz offen

sei! Nachdem schon im Jahre 1899 von Seiten der Regierung der Platzmangel anerkannt und im Erlaß des Ministeriums vom 19. Juli 1899 ein Neubau für nötig erachtet worden war, nachdem alle Räume überfüllt sind, und jedes Jahr immer mehr der angemeldeten Schüler abgewiesen werden müssen, bezeichnet man den Neubau als ein minder dringendes Bedürfnis, während für Gerichtung alter Schlösser, für Universitätsbibliotheken und andere durchaus nicht pressante Bauten Millionen in den genannten beiden Budgets eingestellt sind.

Ich habe bereits in der Budgetkommission meiner Verwunderung Ausdruck verliehen, keine erste Rate eingestellt zu sehen, nachdem die Stadt Pforzheim den Bauplatz für M. 110 000.— gekauft und zur Verfügung gestellt hat. Ich habe in dieser Kommission über die Zurücksetzung Pforzheims gegenüber den anderen großen Städten des Landes bitter geklagt, denn es ist leider wahr, daß für andere Städte Millionen hergegeben wurden, bei Pforzheim aber für alle Wünsche die Taschen geschlossen bleiben. Man hat uns die uns historisch zustehende neue Irrenanstalt, für welche die Stadt bereits sehr geeignetes Gelände erworben hatte, verweigert und sie nach Wiesloch verlegt, indem man versprach, Pforzheim durch andere Zuweisungen zu entschädigen. Und was ist geschehen? Der Antrag auf Errichtung eines Landgerichts wurde abgewiesen, der Neubau der Kunstgewerbeschule hinausgeschoben, und dazu noch weiterer städtischer Zuschuß verlangt; die so sehr nötige Bahnunterführung und der Bahnhofsumbau ist noch nicht ausgeführt und bisher ohne Einigung mit der Stadt.

Pforzheim war von jeher das Asehenbrödel unter den größeren Städten des Landes, trotz seines aus eigener Kraft hervorgegangenen mächtigen industriellen Aufschwungs und trotz eines Steuerkapitals von weit über 200 Millionen Mark, wodurch der Staatskasse bedeutende Einnahmen zufließen.

Welche Gefühle nun durch diese wenig entgegenkommende Haltung der Groß-Regierung bei der Pforzheimer Einwohnerschaft erzeugt werden, das möchte ich Ihnen aus zwei Zeitungsausschnitten dartun, wenn es der Herr Präsident gestattet. So schrieb der „Pforzheimer Anzeiger“ vor kurzem:

„Pforzheim hat seit einiger Zeit ein neues, schmuckes Bezirksamt und darin auch einen im allgemeinen hübsch ausgestatteten Saal für die Sitzungen des Bezirksrats. Diese Sitzungen sind in der Hauptsache öffentlich. Insbesondere wegen der Wirtschaftskongressionen pflegt sich auch meist ein größerer Interessentenkreis einzufinden. Bei der Einrichtung des Bezirksamts aber hat man mit diesem Umstande nicht gerechnet. Wie früher im alten Gebäude, so sind auch jetzt im neuen nicht mehr als 20 Plätze für Geladene und Zuhörer zur Verfügung, und ein Teil der Anwesenden muß deshalb jeweils mit Stehplätzen fürlieb nehmen. Ein ähnliches „Sparsystem“ herrscht auch in dem Gebäude der Staatsanwaltschaft und auf dem Amtsgericht. Als aus dem letzteren die Kriminalpolizei auszog und sich im alten Bezirksamtsgebäude niederließ, erhielt sie auch dort nur ihr altes, wurmtüchtiges Möbel. Bei der Unzulänglichkeit desselben brachte sich ein Beamter, wie wir hören, einen Tisch aus seiner Haushaltung mit! Für die im Amtsgericht freigemachten Räume fehlte es natürlich auch an dem nötigen Möbel. Auf ein Gesuch war vor Jahren im Schöfengerichtssaale ein Tisch für die Berichterstatter der hiesigen Zeitungen aufgestellt worden. Dieser Tisch kam jetzt schön zustatten: er wurde wieder aus dem Schöf-

fengerichtssaale weggenommen und irgend einem Bureau einverleibt. — Man sieht, in Pforzheim spart der Staat nicht nur an größeren Ausgaben für eine Bahnunterführung, für den Bau eines Landgerichts und einer Kunstgewerbeschule, nein, er spart und knaupert auch an ein paar lumpigen Mark für die Beschaffung von Kleinigkeiten.“

Ferner steht im Bericht über die Bürgerausschussitzung vom 7. März d. J. zu lesen, wie sich ein angesehenere Industrieller Pforzheims über die Mißstimmung in der Bürgerschaft äußerte:

„Er wolle aber auch hier einmal das Verhältnis der Regierung zur Stadt Pforzheim zur Sprache bringen. Herr Wittum habe neulich schon im Landtage darauf hingewiesen, daß eine Enttäuschung auf die andere folge, daß Pforzheim von der Regierung niemütterlich behandelt werde. Durch die jahrelange Zurücksetzung habe eine Erbitterung Platz gegriffen. Die Bahnhoffrage sei ein Charakteristikum. Es freue ihn, daß der Herr Oberbürgermeister das richtige Wort gefunden und gezeigt habe, daß man nicht länger mit sich spassen lasse. Die Ausichten auf Errichtung eines Land- oder Handelsgerichtes seien vor 12 Jahren unter Minister Hoff besser gewesen als jetzt. Er wolle auf diese Fragen nicht weiter eingehen, sie seien nur einige Blauden aus dem Strauß der Enttäuschungen. Besprechen wolle er noch das Verhältnis des Staates zur Industrie. Im Interesse der letzteren habe im vorigen Jahre der Bürgerausschuß im Einverständnis aller Mitglieder einen Platz für eine neue Kunstgewerbeschule erworben. Schon im Jahre 1896 habe die Direktion der Kunstgewerbeschule in einer Eingabe auf die Unzulänglichkeit der Schule hingewiesen. In den vergangenen 8 Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs seien Duzende von Millionen für Mannheim, Freiburg, Karlsruhe bewilligt worden, Pforzheim habe aber nichts bekommen. Mit der Entwicklung der Industrie gehe Hand in Hand das Wohlergehen der Bevölkerung. Es sei eine ebenso ideale Betätigung, wie die soziale Gesetzgebung, wenn man den Arbeitern Gelegenheit gebe, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu erweitern und ihre Arbeitskräfte teurer zu verwerten, bevor sie krank, siech und invalid geworden. In den 8 Jahren hätten Hunderte von Leuten von der Direktion der Kunstgewerbeschule wegen Mangels an Platz und an Lehrern abgewiesen werden müssen. Hier hätte der Minister sein soziales Empfinden betätigen können. Sogar der Staatsbeitrag für den Unterricht im kaufmännischen Verein sei im vorigen Jahr um 200 M., dies Jahr um weitere 100 M. gekürzt worden, so daß er jetzt anstatt 1200 M. nur noch 900 M. betrage. Gehörte Pforzheim mit seiner oft hervorgehobenen ungünstigen Lage zu Württemberg, dann würde man sich wohl die hiesige Industrie besser zu Nutzen machen, als im Musterlande Baden.“

Sie sehen, die sonst so loyale und treu an Baden hängende Einwohnerschaft Pforzheims sieht sich bereits veranlaßt, sehnsüchtig über den Grenzpfahl nach dem benachbarten Württemberg zu blicken.

Was die erwähnte Herabsetzung des Staatszuschusses zu den Unterrichtskursen des Kaufmännischen Vereins in Pforzheim anbelangt, so ist es schwer begreiflich, warum an dem schon an sich nicht großen Zuschuß von M. 1200.— erst M. 200.— und dann weitere M. 100.— abgestrichen worden sind, denn an diesen M. 300.— wäre die Staatskasse wohl nicht zu Grunde gegangen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Verein Frauenbildung

Frauentudium in Pforzheim, welcher seit 1899 eine Handlungsschule für Frauen und Mädchen, die sich zu Kontoristinnen und dergleichen ausbilden wollen, eingerichtet hat. Außer einem städtischen Beitrag wurde dieser Schule vom Staat im Jahr 1901 ein Beitrag von M. 1000.— gewährt, der bereits 1902 auf M. 800.— und 1903 sogar auf M. 500.— heruntergesetzt worden ist. Ich werde auf diese beiden Unterrichtskurse noch bei § 110 zurückkommen.

Der Herr Minister hat gesagt, die Pforzheimer Kunstgewerbeschule diene mehr lokalen Interessen als die Karlsruher; ich möchte darauf erwidern, daß in Pforzheim 181 Schüler Pforzheimer sind, 130 aber aus dem übrigen Baden und anderen Staaten. Der Herr Minister hat ferner gemeint, der gemachte Kostenanschlag betrage M. 1 200 000.—, was zu hoch befunden worden sei; aber auf Wunsch der Großh. Regierung wurde der Kostenanschlag reduziert auf M. 700 000.—, ein Betrag, der für eine so wichtige Schule wohl nicht zu hoch erscheinen dürfte. Wenn ich nun die Kunstgewerbeschule in Karlsruhe mit jener in Pforzheim vergleiche, so finde ich, daß beide die gleiche Anzahl Schüler, nämlich 311, haben, nur sind in Karlsruhe 34 Winterschüler als nichtständige, sowie 63 Schülerinnen in dieser Zahl inbegriffen, während in Pforzheim nur Schüler und zwar ganzjährige den Unterricht besuchen. Dabei waren in Pforzheim, wie schon Kollege Wittum ausführte, 11 Lehrer tätig, in Karlsruhe aber 28.

In Pforzheim hat die Stadtgemeinde den Bauplatz für M. 110 000.— gratis gestellt, während in Karlsruhe die ganze Anstalt inklusive Neubau vom Staat allein bezahlt wurde, und der jährliche Staatszuschuß in Karlsruhe M. 148 300.—, in Pforzheim aber nur Mark 67 400.— beträgt. Wie außerordentlich nötig ein Neubau in Pforzheim ist, wolle aus folgenden Zahlen ersehen werden: An Ostern 1903 wurden infolge Platzmangels 36 Schüler abgewiesen von 69 Anmeldungen. Infolge Platzmangels konnten 48 Schüler den gewünschten Unterricht nicht erhalten. Von diesen 48 Schülern wurde infolge Platzmangels jedem ein Abend gestrichen. Ferner mußten von den 48 Schülern mehrere nicht gewünschte Fächer besuchen, um wenigstens die Schule in einigen anderen Fächern genießen zu können. Trotzdem sind sämtliche Abendklassen überfüllt. Im Modellieren kommen auf 1 Lehrer jeden Abend 35—40 Schüler. Da die einzelnen Schüler wöchentlich nur 2 bis 3 mal den Modellierunterricht besuchen, und der betreffende Lehrer bei vorgeschrittenen Schülern genötigt ist, längere Zeit zu korrigieren, so kommt es zurzeit vor, daß manchemal 3 bis 4 Wochen vergehen, bis jeder Schüler seine Korrektur erhalten hat. Es ist daher dringend nötig, daß aus den zurzeit vorhandenen zwei Modellierabteilungen drei geschaffen werden.

Ebenso verhält es sich mit dem Zeichenunterricht im ersten Kurs. Trotzdem der betreffende Lehrer zurzeit 30 Stunden Unterricht erteilt, können nicht alle Schüler den gewünschten Unterricht erhalten. So können zum Beispiel mehrere Schüler, welche ursprünglich wöchentlich 20 Stunden besuchen wollten, nur 16, und mehrere, welche 16 besuchen wollten, nur 12 bis 14, und einige statt 12 nur 8 bis 10 Stunden besuchen. Während an Ostern 1903 als Maximum auf einen Lehrer 89 Schüler kamen, kommen jetzt 106 Schüler auf einen Lehrer. Der Lehrer für den Zeichenunterricht im ersten Kurs hat zurzeit 92 Schüler! Es fehlt eben an Räumen für die verschiedenen Abteilungen, und bei manchen der vorhandenen Räume ist das einfallende Licht ein ganz ungeeignetes.

Sie sehen, Eile tut not, und deshalb bitte auch ich Sie, einstimmig unserem Antrag zuzustimmen, damit die Vorarbeiten zum Neubau alsbald begonnen werden können, sonst müßten weitere zwei Jahre vergehen, eine Verzögerung, die in Anbetracht der Dringlichkeit der Sache nicht zu verantworten sein dürfte.

Abg. Greiff: Wer ein offenes Auge hat für das, was die verschiedenen im Wettbewerb stehenden Nationen auf kunstgewerblichem Gebiet leisten, und sich auch im Ausland umsieht, wird ein mächtiges Ueberwiegen unserer deutschen Bijouterieerzeugnisse finden. Herr Wittum hat schon darauf hingewiesen, daß ausländische Zeitungen Maßregeln dagegen anempfehlen. Ich habe mich bei längerem Aufenthalt in England selbst davon überzeugt, daß die Zeitungen häufig darüber klagen, daß England und seine Kolonien von der deutschen Bijouterie überschwemmt werden. Es hat mich mit Stolz erfüllt zu hören, daß 90 Proz. dieser Erzeugnisse aus Pforzheim stammen, daß wir also die Ehre haben, eine so bedeutende Industriestadt in der Heimat zu besitzen. Ich verstehe es, wenn die Vertreter dieser Stadt hier ihre Stimmen erheben und von der Regierung verlangen, daß sie alles tue, damit Pforzheim seine hervorragende Stellung auf dem Weltmarkt behält und sich gegenüber der Konkurrenz halten kann. Ich halte das Verlangen nach einer neuen Kunstgewerbeschule für durchaus berechtigt und bitte Sie dem Antrage einstimmig zuzustimmen.

Abg. Giesler: Aus den bisherigen Darlegungen ist uns allen klar geworden, daß die Erweiterung der Kunstgewerbeschule in Pforzheim ein dringendes Bedürfnis ist, und zwar nicht nur ein lokales. Wir alle im Lande haben ein Interesse daran, daß unsere Pforzheimer Gold-Industrie kräftig bleibt und ihren guten Namen im Weltmarkt behält. Wir werden deshalb immer für diese Wünsche von Pforzheim warm eintreten müssen. Es fragt sich aber, ob es jetzt noch möglich ist, eine erste Bau-rate einzustellen; wenn es möglich ist, müssen wir dazu die Hand bieten, aber unter 2 Voraussetzungen. Einmal muß ein abschließender Plan vorgelegt werden, ferner muß eine Vereinbarung zwischen der Regierung und der Stadt abgeschlossen sein. Die Gründe des Herrn Ministers scheinen mir sehr beachtenswert. Wir dürfen uns nicht dagegen verschließen, daß ein Beitrag der Stadt wohl billig ist. Die Kunstgewerbeschule kommt doch Pforzheim in erster Linie zuflatten. Wir können also nur unter diesen Voraussetzungen aus den von mir angegebenen Beweggründen für den Antrag stimmen.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. v. Dusch: Gestatten Sie mir nur wenige Worte auf die Ausführungen des Herrn Abg. Giesler. Er hat mit Recht hervorgehoben, daß, wenn überhaupt eine Rate jetzt schon eingestellt werden solle, doch als erste Voraussetzung ein fertiger Plan gefordert werden müsse. Ein solcher Plan liegt nicht vor und kann auch in allernächster Zeit nicht hergestellt werden. Die Regierung beabsichtigt einen hervorragenden Architekten mit der Ausarbeitung von Plänen und Kostenvoranschlägen zu betrauen. Bis diese fertig sind, wird aber eine nicht unerhebliche Zeit vergehen. Vor allem aber, wenn eine Vereinbarung mit der Stadt Pforzheim über den von ihr zu leistenden Beitrag vorausgesetzt wird, so wird das übelste Mittel zur Förderung einer Vereinbarung das sein, daß alle Herrn für die Resolution in der vorliegenden Fassung eintreten. Dann würde sich bald ergeben, daß die Pforzheimer nichts werden leisten wollen. Eine Ver-

wirklichung des Wunsches wird schon aus diesen äußeren Gründen nicht möglich sein; es handelt sich um eine große Arbeit, die nicht in so kurzer Zeit geleistet werden kann. Zudem besteht aber im Staatsministerium keine Neigung, dem fertigen Nachtragsetat immer noch weitere Nachträge nachzuschicken. Auch wird bei der jetzigen Finanzlage davon nicht die Rede sein können, das Finanzministerium davon zu überzeugen, daß der Staat die ganze Last auf sich zu nehmen habe. So dringend ist die Sache nicht, um jetzt eine Resolution zu fassen, die in ihren Konsequenzen nicht unbedenklich ist. Sie würde eine Freundlichkeit gegen Pforzheim darstellen und eine Anerkennung, daß die Erweiterung der Kunstgewerbeschule sehr wünschenswert ist, aber sie würde auch einen Gegenstoß zur Regierung involvieren, die es an der nötigen Vorsorge habe fehlen lassen. Wie unbegründet der Vorwurf zu geringen Wohlwollens ist, das können Sie auch aus dem außerordentlichen Budget finden, wo 40 000 M. für Erwerbung einer Ringsammlung für die Kunstgewerbeschule in Pforzheim (2. Rate) ausgeworfen sind. Greifen Sie also nicht durch eine Resolution vor, Sie werden dadurch höchstens die Verhandlungen mit der Stadt Pforzheim erschweren.

Abg. Giehorn: Ich möchte nicht unterlassen als Vertreter des Landbezirks Pforzheim meine Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag, die ich schon durch meine Mitunterzeichnung zum Ausdruck brachte, noch besonders auszusprechen. Ich bin nicht nur mit der Tendenz des Antrags einverstanden, sondern ich stehe auf dem weitergehenden Standpunkt, daß der Staat das ganze gewerbliche Unterrichtswesen überhaupt übernehmen sollte. In einem Lande wie Baden kann man einen Unterschied zwischen lokalen und staatlichen Interessen auf diesem Gebiete nicht machen. Es ist dies eine künstliche Unterscheidung, die bei näherer Prüfung nicht Stand hält. Die städtischen Interessen sind vielmehr in vielen Richtungen mit den staatlichen identisch. Man sollte daher nach Möglichkeit, ausgehend vom Prinzip der Uebernahme des Unterrichtswesens auf den Staat, in Pforzheim damit einen Anfang machen. Für die Schulen überhaupt und für die Kunstgewerbeschule in Pforzheim kann nie genug geschehen. Vor einigen Jahren wurde, ich glaube auf Veranlassung des verstorbenen Fabrikinspektors Wörtschöffer, eine Untersuchung darüber angestellt, aus welchen Ländern die qualifizierteren Arbeiter, Werkmeister u. sich rekrutierten. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die wenigsten aus Baden waren. In Pforzheim speziell pfeifen es die Spaziergänger auf den Dächern, daß die wenigsten Kabinettmeister Badner sind. Die Regierung hätte daher allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß die Schulen so ausgestaltet werden, daß auch den Einheimischen der Besuch ermöglicht wird. Ich anerkenne zwar, daß die Regierung auf diesem Gebiete schon viel getan, und daß sie insbesondere auch den Wünschen um Anstellung von Personal an der Kunstgewerbeschule in Pforzheim jeweils entsprochen hat. Aber jetzt handelt es sich darum, daß diese Schule zu klein ist, um alle sich meldenden Schüler aufzunehmen. Dem soll durch einen Neubau abgeholfen werden. Kollege Giehler hat dem Antrag zugestimmt, aber mit einer Bedingung, die der Gepflogenheit des Hauses entspricht, nichts zu bewilligen, wenn nicht ausgearbeitete Pläne und Voranschläge vorliegen. Diese Lücke müßte allerdings beseitigt werden, aber das kann doch auch noch vor Fertigstellung des Budgets, die nicht vor 2 Monaten zu erwarten ist, geschehen. Die Mitteilungen des Abg. Schneider, daß die beiden vorhandenen Kostenvoranschläge um 1/2 Million M. differierten, machen mich allerdings bedenklich; es dürfte sich daher empfehlen, wenn man ähnlich, wie wir das

heute bezüglich der Volksschule getan haben, die Abstimmung über den Budgetposten aussetzen, oder zwar das Budget bewilligen, aber mit Nachdruck verlangen würde, daß noch diesem Landtag ein Nachtrag vorgelegt wird, in dem den Wünschen und Bedürfnissen Pforzheims endlich Rechnung getragen wird.

Abg. Kopf: Die Ausführungen des Herrn Ministers haben in mir die Ueberzeugung hervorgerufen, daß nach Lage der Verhältnisse es nicht angängig sein wird, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Bei der jetzigen Finanzlage ist eine gewisse Zurückhaltung mit Nachträgen zum Budget überhaupt gerechtfertigt. Der Herr Minister hat übrigens den Neubau einer Kunstgewerbeschule in Pforzheim nicht für alle Zeit abgelehnt, aber die Voraussetzungen für einen solchen Neubau müssen doch zunächst erfüllt werden, also erstens ausgearbeitete Pläne vorliegen, und zweitens muß feststehen, daß die Stadtgemeinde Pforzheim einen Beitrag leistet und in welcher Höhe. Dazu sind aber zunächst noch weitere Verhandlungen nötig. Es leuchtet mir auch ein, daß man mit der Annahme des Antrags die Position des Ministeriums gegenüber der Stadt Pforzheim wesentlich erschweren würde. Es scheint mir auch gar keine Gefahr im Verzug zu liegen. Die Sache hat so lange gedauert, und die Pforzheimer Industrie ist dabei gediehen; es wird deshalb auch nichts machen, wenn die Angelegenheit noch zwei Jahre hinausgeschoben wird. Wenn beim Zusammentritt des nächsten Landtags Pläne und eine Einigung des Ministeriums mit der Stadt Pforzheim über die beiderseitige Beitragsleistung vorliegen, so werden gleich größere Mittel bewilligt werden können, so daß durch die Ablehnung des heute vorliegenden Antrags wahrscheinlich gar keine sehr große Verzögerung der Bauherstellung entstehen wird.

Abg. Dr. Wilkens: Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, daß nach Artikel 4 des Etatsgesetzes allerdings die für bauliche Unternehmungen erforderlichen Kredite in der Regel erst dann ins Budget eingestellt werden sollen, wenn die Pläne und Kostenaufschläge im einzelnen ausgearbeitet sind. Nach dem, was ich von den Pforzheimer Herren höre, liegen aber bereits Pläne vor, wenigstens die Grundrisse der Stockwerke, so daß nur noch ein Fassadenplan zu machen wäre. Die Pläne können also in kurzer Zeit fertig gestellt sein. Ich halte es demnach nicht für ausgeschlossen, daß den Anforderungen des Artikels 4 des Etatsgesetzes noch rechtzeitig genügt werden kann. Die Verhandlungen mit der Stadt Pforzheim können ja auch wieder ausgenommen und bald zum Abschluß gebracht werden. Ich meine daher, wir sollten über die Bedenken des Vorredners hinwegkommen und unsererseits dazu beitragen, daß die Angelegenheit, auf die die Stadt Pforzheim mit Recht so großes Gewicht legt, kräftig in Fluß gebracht wird. Die einer rechtzeitigen Erledigung entgegenstehenden Schwierigkeiten dürften bei allseitigem guten Willen noch zu beseitigen sein.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh.-Rat Dr. Fehr. v. Dusch: Die Unterstellung des Herrn Abg. Wilkens ist nicht richtig. Es liegen keine Pläne vor, die irgendwie als Grundlage für den Neubau dienen könnten. Es liegt vielmehr nur eine Skizze vor, die dem Bauplatz angepaßt ist, und außerdem sind kubische Berechnungen gemacht. Von den Instanzen aber, die wir zuziehen wollen, — es ist, wie ich wiederholen möchte, ein ausgezeichneter Architekt in Aussicht genommen — liegen noch keine Pläne vor, und es ist absolut undenkbar, in kurzer Frist sie auszuarbeiten.

Ich möchte auch auf die Konsequenzen des Antrags, namentlich der Aussetzung der Abstimmung über den für die Kunstgewerbeschule Pforzheim angeforderten Betrag hinweisen. Diese Aussetzung könnte doch nur den Sinn haben, daß eventuell eine Verweigerung des Budgetpostens erfolgen solle wegen einer Sache, die von der Großh. Regierung mit Wohlwollen behandelt wird, die aber andererseits nicht so dringlich und wichtig ist, daß man deshalb die Grundsätze des Budgets und Statgesetzes auf den Kopf stellen müßte. Selbst wenn ich aber meinerseits für den Antrag einzutreten mich bereit erklären würde, so bin ich überzeugt, daß ich im Staatsministerium damit nicht durchdringen würde. Die Angelegenheit ist doch nicht von der Bedeutung, daß man es deshalb zu einem Konflikt zwischen der Regierung und dem Hause kommen lassen könnte. Ich möchte deshalb das Haus wiederholt bitten, die Resolution nicht anzunehmen. Sie würden dadurch nur die Regierung in Verlegenheit setzen, ohne daß sie in der Lage ist, den Wünschen des Hauses zu entsprechen.

Abg. Zehner: Auch ich muß mich gegen den Antrag aussprechen, weil wir sonst, da keine Pläne und Kostenvoranschläge vorliegen, in die dringende Gefahr kämen, daß kolossale Voranschlagsüberschreitungen eintreten, wie wir sie in den letzten Jahren hier und da erlebt haben. Ich glaube, so pressant ist die Sache wirklich nicht, daß man während der Dauer des Landtags mit einer derartigen Ueberrumpelung kommt und die Regierung zwingt, Entschlüsse in einer Sache zu treffen, die sie gar nicht näher hat prüfen können. Ich stimme gegen den Antrag.

Abg. Dr. Binz: Ich stehe den Wünschen der Vertreter der Stadt Pforzheim sympathisch gegenüber, obgleich die Vereinzelnung der Karlsruher Kunstgewerbeschule und das Ausspielen Karlsruhes gegen Pforzheim mich als Vertreter der Stadt Karlsruhe veranlassen könnte, einzelnen Ausführungen derselben entgegenzutreten. Ich muß meinerseits erklären, daß ich nach den Darlegungen des Herrn Ministers nicht der Meinung bin, daß die Annahme der Resolution bei der heutigen Sachlage dem Interesse Pforzheims selbst entspricht. Es handelt sich vorerst lediglich darum, daß eine Verständigung zwischen der Regierung und der Stadt Pforzheim zustande kommt. Ich halte es für meine Person nicht für angängig, der Resolution zuzustimmen.

Abg. Fehrenbach: Es ist mir außerordentlich unangenehm, bei meiner Abstimmung eine Stellung gegen die Wünsche Pforzheims einzunehmen. Ich war von vornherein geneigt, dem Antrage zuzustimmen. Nun möchte ich aber doch die Herren von Pforzheim bitten, den verschiedenen gewichtigen Bedenken, die vorgetragen worden sind, in ihren Erwägungen Raum zu geben, damit nicht durch Forcierung ihrer Wünsche ihre Interessen geschädigt werden. Es ist nicht zu bestreiten, daß die budgetmäßigen Bedenken des Abg. Sießler vorhanden sind. Wir können nicht darüber hinwegsehen, daß uns Pläne und Kostenvoranschläge vorgelegt werden. Nachdem, was wir jetzt von der Regierungsbank gehört haben, dürfte es schwierig sein, im Lauf der nächsten zwei Monate Pläne und Kostenvoranschläge zu erhalten. Bei dieser Situation ist allerdings richtig, was der Abg. Zehner sagt und was Binz ausgeführt hat, daß man jetzt vielleicht in der Uebereilung eine Situation schafft, die dem künftigen Statrecht des Landtags in ungünstiger Weise gegenübertritt und den wirklichen

Wünschen von Pforzheim nicht gerecht wird. Ich möchte die Antragsteller bitten, gegenüber diesen Bedenken den Antrag zurückzuziehen und sich mit dem Erfolg, den die Herren zweifellos mit ihrer Debatte erzielt haben, zu begnügen.

Abg. Eichhorn: Ich möchte nur den Antragsteller gegen den Vorwurf des Abg. Zehner verwehren, als ob mit dem Antrag eine Ueberrumpelung des Hauses geplant gewesen sei. Die Notwendigkeit eines Neubaus besteht nicht seit gestern und heute und sie ist auch in der Budgetkommission in ausreichendem Maße zur Sprache gekommen. Denjenigen, die um die Sache gewußt haben, der Regierung und der Budgetkommission, war schon längst die Notwendigkeit der Anforderung bekannt, und man hätte schon längst in Voraussicht dessen, was einmal kommen mußte, die Pläne fertigstellen können. Der Herr Minister hat gemeint, es käme einer Budgetverweigerung gleich, wenn nach meinem Vorschlag verfahren würde. Ich hätte allerdings kein Bedenken, solche Maßregeln anzuwenden, um einem Wunsche der Kammer dadurch besondern Nachdruck zu verleihen. Die Herrn von der Regierung müßten sich eben daran gewöhnen, auf die Wünsche der Kammer mehr Rücksicht zu nehmen. Ich glaube, Sie können den Antrag annehmen umso mehr, als er der Regierung einen gewissen Spielraum läßt.

Abg. Dr. Wildens: Es besteht bei allen Mitgliedern des Hauses der Wunsch, den berechtigten Anliegen der Stadt Pforzheim entgegenzukommen, auf der andern Seite sind Bedenken geäußert worden, ob nicht etatrechtliche Schwierigkeiten obwalten, insbesondere ob nicht Art. 4 des Statgesetzes entgegenstehe. Ich möchte unter solchen Verhältnissen anregen, ob man die Sache nicht in der Art erledigen könnte, daß man der Resolution den weiteren Passus anfügt: „bez., wenn die Pläne und Kostenvoranschläge nicht mehr rechtzeitig zu beschaffen sein sollten, jedenfalls im nächsten Budget die erforderliche Summe anzufordern“.

Abg. Zehner: In der vom Abg. Wildens vorgeschlagenen Fassung ist nichts davon enthalten, daß die Stadt einen Beitrag leisten soll. Das müßte aber darin stehen. Ich meine, wir sollten die Sache überhaupt fallen lassen. Es ist in der Kammer zum Ausdruck gekommen, daß wir die Bestrebungen von Pforzheim fördern wollen, ein Beschluß der Kammer unter den jetzigen Umständen kann ihnen aber nichts nützen. Das Beste wäre, wenn der Antrag zurückgezogen würde.

Abg. Dr. Seimbürger: Ich war von vornherein auch geneigt, dem Antrag zuzustimmen, bei der Begründung des Antrags durch den Abg. Schneider sind aber bereits Punkte vorgekommen, die den Bewohner einer andern Stadt hätten stutzig machen können. Es scheint aber doch, daß die Bedenken der Regierungsbank so wichtiger Art sind, daß wir den Antrag nicht in seiner ursprünglichen Fassung annehmen können. Es scheint auch der Vorschlag Wildens nicht einwandfrei zu sein. Es soll auch nicht gesagt werden, wenn die Pläne nicht fertig gestellt sind, sondern vielmehr, wenn nicht eine Vereinbarung zwischen der Regierung und der Stadt Pforzheim zustande kommt, denn wir können der Regierung nicht von vornherein die Hände binden. Ich glaube, die Vertreter der Stadt Pforzheim können mit dem schönen Erfolg, den sie heute erzielt haben, zufrieden sein.

Abg. Dr. Wilkens: Ich möchte unsererseits die kurze Erklärung abgeben, daß es uns nicht möglich ist, uns in dem gegenwärtigen Stadium der Sache für einen bestimmten Beitrag der Stadt Pforzheim zu engagieren. Wir haben aber nichts dagegen einzuwenden, wenn Erörterungen über diesen Punkt zwischen Regierung und Stadt gepflogen werden. Ich glaube, wir würden jetzt über die Schwierigkeiten vielleicht dadurch am besten hinweg kommen, daß wir der Resolution die Worte beifügen: „oder, falls dies nicht mehr tunlich sein sollte, im nächsten Budget die erforderliche Summe anzusuchen“. Auf diese Weise bleibt die Frage bezüglich des Beitrags offen, und es wird dann Sache der Regierung sein, sich mit der Stadt nochmals ins Benehmen zu setzen.

Die Beratung wird hierauf geschlossen.

Zunächst erhält das Schlußwort

Abg. Wittum: Ich muß hervorheben, daß von entscheidender Stelle die Mahnung ausgesprochen worden ist, nicht mehr zu reden. Es hat mich etwas peinlich berührt, wenn ich mich erinnere, daß einzelne Abgeordnete über einzelne unwichtige Dinge tagelang verhandelt haben. Als ich mich zum Wort erhob, war es halb 11 Uhr, jetzt ist es halb 1 Uhr, und wir haben uns also mit einer der wichtigsten Interessen der Stadt Pforzheim 2 Stunden beschäftigt; wenn ich daran denke, wie lange schon über andere Städte gesprochen worden ist, dann glaube ich, daß es niemand Wunder nimmt, wenn ich mit der nötigen Wärme und Gründlichkeit für Pforzheim eingetreten bin. Sie haben aus einigen vom Abg. Schneider vorgelesenen Artikeln schon entnehmen können, welche Erbitterung in allen Kreisen der Stadt Pforzheim herrscht. Ich war in jener Bürgerauschussung nicht anwesend, sie ist mir aber geschildert worden, und die Redner haben eine andere Sprache gesprochen, als ich sie gesprochen habe, und zwar unter hürmlichem Beifall nicht bloß der Sozialdemokraten, sondern auch des Zentrums und der Nationalliberalen. Ich habe mich bestrebt, ruhig und sachlich meinen Antrag zu begründen. Ich könnte die Regierung versichern, daß ich auch andere Register ziehen könnte. Das will ich aber nicht tun, weil, je objektiver man die Sache behandelt, desto wirksamer es sein muß.

Ich möchte mir nur erlauben, bezügl. der Ausführungen des Kollegen Binz ein Wort zu sagen. Er hat gesagt, es habe ihn unangenehm berührt, weil ich eine Parallele gezogen habe zwischen Karlsruhe und Pforzheim. Wie soll man es anders begründen, wenn man sagt, warum soll Pforzheim außer der Stellung des Bauplatzes noch einen Beitrag leisten, als unter Hinweis auf die Vorgänge in anderen Städten! Es sind Pläne vorgelegt worden, der Herr Direktor hat gemeinschaftlich mit dem Stadtbaumeister Pläne entworfen, es wurde lange mit der Schulbehörde verhandelt, und diese Pläne hätten eine gute Grundlage bilden können. Die Ausstattung der Fassaden wird Ihnen jeder Privatarchitekt in 14 Tagen machen. Wir brauchen keinen Prachtbau, sondern nur Lust und Licht. Es ist irrig, wenn man glaubt, daß Pforzheim künftig für seine Kunstgewerbeschule keine Opfer bringt. Es bestehen reiche Stiftungen, aus deren Erträgen Preise für die Schüler ausgeschrieben werden. Alljährlich werden so viele Tausende aufgewendet. Es ist uns entgegengehalten worden, daß wir 900 000 Mk. für die Enzorkorrektion erhalten hätten. Hätte die Oberdirektion nicht so riesige Anforderungen gestellt, so hätten wir keinen Staatsbeitrag verlangt. Wir mußten es aber so machen, daß der Rheinstrom zwischen diesen Dämmen

fließen könnte. Ich sehe übrigens ein, daß budgetrechtliche Bedenken gegen unsern Antrag geltend gemacht worden sind. Wir bürsten uns mit dem allseitig uns entgegengebrachten Wohlwollen begnügen, und in dieser Erwägung ziehe ich meinen Antrag hiermit zurück.

Zu § 98 (Staatsbeitrag zu den Baugewerkschulen bemerkt

Abg. Dr. Heimburger: Ich habe schon auf früheren Landtagen auf Mißstände in der Baugewerkschule hingewiesen, und zwar mit Zurückhaltung in der Hoffnung, auf diesem Wege eine Besserung zu erzielen. Dieser Erfolg ist aber nicht eingetreten. Es wird mir versichert, daß die alten Mißstände, die wesentlich in dem unangenehmen Verhältnis zwischen Direktor und Lehrkörper begründet sind, unvermindert fortbestehen. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, etwas ausführlicher auf diese Mißstände einzugehen. Es wird geklagt, die Lehrsäle seien zu groß, der Fußboden schlecht, Heizung, Lüftung, Reinigung ließen zu wünschen übrig. Es wird weiter geklagt, daß die Zahl der Hörsäle ungenügend ist, daß die Vorträge zum Teil in den dazu ungeeigneten Zeichensälen stattfinden müssen. Es fehlt an einem geeigneten Raum für den Aufenthalt der Lehrer in den Zwischenstunden. Dies ist um so auffälliger, wenn man bedenkt, daß der Direktor der Anstalt fünf Räume für sich in Anspruch nimmt. Hier sollte die Regierung eingreifen und dafür sorgen, daß von diesen fünf Räumen mindestens drei Unterrichtszwecken gewidmet werden. Es fehlt auch an einer Schülerbibliothek. Gewisse Fächer werden ungenügend betrieben, insbesondere die graphische Statik und die Baumechanik. Es seien ferner zwei weitere etatmäßige Professoren nötig für Hochbau, je einer für Tiefbau und Maschinenbau. Die Hörsäle sind, wie gesagt, entschieden zu groß, viele Schüler sitzen zu weit von der Tafel weg, um die Zeichnungen gut sehen zu können. Die Klassen sind schon an und für sich zu stark, werden aber oft noch kombiniert. Ein Lehrer muß gleichzeitig in verschiedenen Klassen unterrichten, die oft sogar in verschiedenen Stockwerken liegen, da ist die Beaufsichtigung sehr mangelhaft. Die Folge ist, daß der Lehrer sich mit den einzelnen Schülern nicht eingehend genug abgibt. Es ist ein Massenbetrieb. Es besteht auch eine gewisse Ueberlastung der Lehrer, die Stundendeputate sind sehr stark. Es wird ferner über Unzulänglichkeit der Lehrmittel geklagt. Es seien schon Geschenke abgelehnt worden, weil der Direktor darauf kein Gewicht lege. Die Lehrerbibliothek ist sehr mangelhaft. Manche neuen Anschaffungen bekommen die Lehrer gar nicht zu sehen, da der Direktor sie für sich als Konservator braucht. Die Schule ist allmählich zu groß geworden, sie enthält 5 Abteilungen, Hochbau, Tiefbau, Maschinenbau, Elektrotechnik, Abteilung für Gewerbelehrer. Man sollte meinen, daß die Leitung dieser Anstalt die Vollkraft eines Mannes in Anspruch nähme. Der Direktor ist aber zugleich Konservator der Altertümer und Mitglied des Gewerbelehrerrats. Dadurch wird der Betrieb beeinträchtigt. Fachkonferenzen sollen überhaupt nicht stattfinden. Verbesserungsvorschläge der Lehrer werden barock zurückgewiesen, weil der Direktor von dem Standpunkt ausgeht, der einzelne Lehrer verjuche sich dadurch eine Erleichterung zu verschaffen. Fachwissenschaftliche Ausflüge unterbleiben ebenfalls, weil die Lehrer sich dadurch dem Verdacht aussetzen, sich einen freien Nachmittag machen zu wollen. Wenn ein Lehrer einmal beurlaubt oder krank war, wird ihm das Fehlen in sehr wenig kulanter Weise vorgehalten. Vielbeschäftigte Lehrer werden auch noch zur Vertretung des Direktors herangezogen, auch wenn er anwesend ist. Bei

Bertretung in seiner Abwesenheit wird dem Vertreter das Direktionszimmer nicht eingeräumt. Die Beziehungen zwischen dem Direktor und dem Lehrkörper sind sehr mangelhaft. Dies fällt auch den Schülern auf. Es kommt wohl daher, daß der Direktor nicht selbst Unterricht gibt. Er verliert dadurch allmählich den Maßstab für die Anforderungen an die Lehrer und wird in der Beurteilung ihrer Leistungen ungerecht. Es wäre dringend nötig, daß Wandel geschaffen würde. Vor allem müßte eine gewisse Aufsicht über die Schule betätigt werden. Seit 15 Jahren soll keine Revision mehr stattgefunden haben. Es müßte ferner eine Dienstanzweisung gegeben werden, in der die Rechte und Pflichten des Direktors und des Lehrkörpers abgegrenzt sind. Die einzelnen Abteilungen müßten selbständiger sein. Es ist ja kaum möglich, daß ein Mann sämtliche Fächer beherrscht. Es fragt sich überhaupt, ob nicht die Baugewerkschule mit der Zeit zu groß geworden ist, es wäre wünschenswert, wenn eine zweite Anstalt im Lande noch errichtet würde, denn es ist ein Mißstand, daß bisher nur eine Anstalt im Unterland besteht. Es wäre deshalb besser, wenn man eine zweite Baugewerkschule im Oberland, etwa in Freiburg errichten würde.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Frhr. v. Dusch: Ich kann zunächst nur bedauern, daß der Vorsitzende des Gewerbe-Schulrats dienstlich verhindert ist, der heutigen Sitzung anzuwohnen. Die Beschwerden, die der Herr Abg. Heimburger vorgetragen hat, sind mir etwas überraschend gekommen, ich habe erst gestern Nachmittag von ihnen Kenntnis erhalten. Seither sind seitens der Mitglieder des Lehrkörpers der Baugewerkschule noch nie Beschwerden an den Gewerbeschulrat oder an das Ministerium gelangt. Wenn nun die Beschwerdeführer etwa, gewiß nicht mit Recht, annehmen sollten, daß sie bei dem Gewerbeschulrat nicht zu ihrem Rechte kämen, so ist es auffallend, daß sie sich noch nicht an das Ministerium gewandt haben. Dieses würde im Einvernehmen mit dem Gewerbeschulrat das Erforderliche zur Abstellung von Mißständen tun. Ich möchte deshalb den Herrn Abg. Heimburger bitten, seine Vertrauensmänner an uns zu verweisen, schon deshalb, weil ich nicht annehmen kann, daß sich das Haus heute als Gerichtshof über diese Beschwerden konstituieren will, ohne den Sachverhalt zu kennen oder feststellen zu können.

Die von dem Herrn Abg. Heimburger vorgebrachten Beschwerden lassen sich einteilen in solche mehr persönlicher und solche mehr sachlicher Art. Was die sachlichen Beschwerden anlangt, so war ich erstaunt darüber, daß Beschwerden über zu große Räume bestehen, während sonst in Schulgebäuden die entgegengesetzten Klagen herrschen. Es scheint, daß die Lehrer ihre Stimme in den Vorträgen zu sehr anstrengen müssen. Das ist eine Sache, die untersucht werden könnte, obwohl mir nicht klar ist, wie eine Aenderung stattfinden könnte. Bei einem gelegentlichen Besuche der Baugewerkschule bin ich — freilich als Laie — zu der Ueberzeugung gekommen, daß die vorhandenen Räumlichkeiten außerordentlich schön und praktisch sind. Ich meine aber, auch darüber sollten wir uns heute nicht unterhalten, vielmehr alle diese sachlichen Beschwerden zunächst der Erledigung im geordneten Instanzenwege überlassen. Was die Fragen des Lehrplans, der Einteilung der Fächer, der Teilung der Schule und der Neuerrichtung einer zweiten Schule anlangt u. a. m., so will ich von der mißlichen Finanzlage ganz absehen. Alle diese Wünsche können schon um dessentwillen nicht Gegenstand der heu-

tigen Verhandlung sein, weil sie eine eingehende Würdigung aller eingehenden Verhältnisse voraussetzen.

Was die gegen den Direktor der Baugewerkschule in persönlicher Beziehung vorgebrachten Vorwürfe anlangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß derselbe, weil schwer krank, z. Bt. außer Dienst ist. Es scheint mir daher der jetzige Zeitpunkt zur Erörterung von Beschwerden nicht geeignet zu sein. Wir können uns doch hier nicht über die Eigenschaften dieses Beamten unterhalten, und es wäre, ohne daß ich dem Herrn Abg. Heimburger einen Vorwurf machen will, wohl richtiger gewesen, wenn die Beschwerdeführer sich zunächst an ihre vorgesetzte Behörde gewandt hätten. Auch ohne daß direkte Beschwerden eintreffen, wird übrigens die Großh. Regierung der einen vom Herrn Abg. Heimburger angeregten Frage näher treten, ob nicht bezüglich der sachmännischen Aufsicht über die Baugewerkschule eine Besserung einzutreten habe.

Abg. Lehmann: Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit will ich mich möglichst kurz fassen. Wir haben vorher von den Pforzheimer Vertretern gehört, wie nötig der Ausbau der dortigen Kunstgewerbeschule ist, und es waren wohl alle Mitglieder des Hauses der Meinung, daß hier etwas geschehen müsse. Ich hoffe auf die gleiche Einmütigkeit des Hauses gegenüber den Wünschen, die ich für Mannheim aussprechen möchte. Die Stadt Mannheim verlangt schon lange darnach, daß sie entweder eine selbständige Baugewerkschule erhält, oder doch wenigstens eine Dezentralisation der Karlsruher Baugewerkschule eintritt. Mannheim ist die größte Industriestadt des Landes, und doch ist sie, was Staatsanstalten anlangt, am schlechtesten bestellt. Die Erfüllung unseres Wunsches würde nicht große Opfer erfordern. Bereits im Jahre 1896 ist der Stadtrat Mannheim beim Ministerium vorstellig geworden. Ich nehme an, daß er damals verkehentlich keine Antwort erhielt. Im Jahre 1898 wurde alsdann eine Petition seitens des Stadtrats, der Handelskammer usw. eingereicht, daß man doch wenigstens einen Teil der Karlsruher Baugewerkschule nach Mannheim verlegen möge, in erster Linie die Abteilung für Maschinenbau. Die Petition wurde empfehlend überwiesen, und vom Regierungstisch aus zugesagt, daß man der Frage einer Abzweigung näher treten wolle, sobald in Karlsruhe die Maximalzahl von 500 Schülern erreicht sei. Diese Zahl ist heute überschritten, und es wäre daher an der Zeit, daß die Regierung ihr Versprechen einlöst. Man wolle weiter abwarten, wie die vor einigen Jahren von Zweibrücken nach Mannheim verlegte Ingenieurschule sich bewähren würde. Die Stadt Mannheim hat für diese Schule schon große Opfer gebracht. Die Zuschüsse betragen bis jetzt rund 100 000 M. Die Ingenieurschule kann zur Zeit nicht das leisten, was von ihr verlangt werden muß. Wenn ihr Ausbau möglich wäre, so könnte die Stadt Mannheim auf eine eigene Baugewerkschule vorläufig verzichten. Man wird einwenden, es kommt nicht darauf an, ob eine Anstalt staatlich ist oder nicht. Darauf kommt es indes sehr an, denn eine Anstalt, die staatlich ist, besitzt ein ganz anderes Ansehen nach außen, wenn nicht, wie der Abgeordnete Heimburger bezügl. der hiesigen Baugewerkschule angeführt hat, 15 Jahre lang keine Revision stattfindet. Es wäre der Regierung ein leichtes, entweder die Dezentralisation durchzuführen oder die Ingenieurschule auszubauen. Von der Errichtung einer weiteren Baugewerkschule im Oberland, die der Abgeordnete Heimburger verlangte, kann wohl keine Rede sein. Ueber die Ren-

tabilität der Baugewerkschule in Mannheim kann nach den in Karlsruhe gemachten Erfahrungen kein Zweifel sein. Schon jetzt stellt zu der Karlsruher Baugewerkschule der Kreis Mannheim 57 Schüler, der Kreis Heidelberg 43, der Kreis Mosbach 46. Schon dies sind erhebliche Zahlen. Mindestens die dreifache Schülerzahl wird aber allein die Stadt Mannheim stellen, sobald eine Baugewerkschule in Mannheim errichtet ist. In nicht all zu langer Zeit wird diese Schule einen solchen Aufschwung nehmen, daß sie die Karlsruher überflügelt. Ich möchte also die Großh. Regierung bitten, ihr im Jahre 1898 gegebenes Versprechen einzulösen.

Präsident des Ministeriums des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Frhr. v. Dusch: Von einem Versprechen, wie es der Herr Abg. Lehmann erwähnt hat, ist mir persönlich nichts bekannt, womit ich selbstverständlich nicht sagen will, daß s. Z. vielleicht Ausichten der von Herrn Lehmann bezeichneten Art eröffnet worden sein mögen. Ich meinerseits will mich bei der gegenwärtigen Finanzlage hüten, ein Versprechen zu geben und in dem Herrn Abg. Lehmann unbegründete Hoffnungen zu erwecken, wenigstens was die Frage der Neuerrichtung einer Baugewerkschule in Mannheim oder einer Abzweigung einzelner Fachabteilungen von der hiesigen Baugewerkschule anbelangt. Es könnte höchstens in Betracht kommen, ob nicht der Staat der Stadt Mannheim einen Teil des Aufwands für die Ingenieurschule abnehmen sollte. Grundsätzlich können wir die Ingenieurschule in Mannheim als Privatinstitut nicht direkt unterstützen, sondern nur der Stadt Mannheim einen Beitrag leisten. Falls ein diesbezüglicher Antrag der Stadt Mannheim an uns gelangen sollte, werden wir denselben wohlwollend prüfen.

Abg. Harsch: Die Leistungen in der Baugewerkschule verdienen alle Anerkennung; es wird tüchtig und praktisch und mit gutem Erfolg gearbeitet. Nun hat der Herr Abg. Heimbürger einiges über das Stundendeputat der Lehrer gesprochen, was ich für ganz richtig halte. Ich möchte dem auch etwas über das Stundendeputat der Schüler beifügen. Die Schüler haben wöchentlich 50 Stunden Unterricht, oft noch darüber, also täglich 8 9 Stunden. Daß dies die Kraft derselben vollständig in Anspruch nimmt, ist sicher, und da sollten Hausaufgaben doch ausgeschlossen sein. Es ist dies aber nicht der Fall. Schülern, welche eine Realschule besucht haben, bringen diese Aufgaben noch leichter fertig, aber das sind die wenigsten. Ich kenne Fälle, wo Schüler fast täglich bis Mitternacht zu Hause zu arbeiten hatten, um den Hausaufgaben gerecht zu werden, und dazu oft noch den größten Teil des Sonntags. Das geht vielfach über die Kräfte hinaus, und es kommt deshalb manchmal vor, daß Schüler in Folge Ueberanstrengung kurze Zeit vor Semesterluß krank werden, dann nicht weiter machen können, und infolgedessen repetieren müssen. Nach meinem Dafürhalten sollte bei täglich 8 9stündigem Unterricht das verlangte Pensum in der Schule erlebiger werden können und Hausaufgaben wegfallen. Es wäre ferner zu wünschen, daß der Unterricht am Samstag Nachmittag doch mindestens um 4 Uhr geschlossen würde. Viele Schüler gehen über Sonntag ab und zu nach Hause; wenn nun der Unterricht bis 6 Uhr dauert, und die Schüler erst in die Wohnung gehen und sich richten müssen, dann wird, je nachdem der Zug noch geht, es sehr spät, bis dieselben nach Hause kommen. Aus dem gleichen Grund dürfte zu empfehlen sein, den Unterrichtsbeginn am Montag auf 9 Uhr zu verlegen. Ich

bitten die Großh. Regierung, diese Wünsche gefälligst berücksichtigen zu wollen.

Abg. Eichhorn: Die Mitteilung des Herrn Ministers, daß der Direktor der Baugewerkschule schwer krank darniederliege, veranlaßt mich, davon abzufragen, die Beschwerden, die der Abg. Heimbürger vorgetragen hat und die persönlicher Natur sind, zu ergänzen. Ich will nur die Mitteilung machen, daß mir noch zahlreiche weitere Beschwerden zugegangen sind mit der Bitte, sie hier vorzutragen. Der Weg, den der Herr Minister dem Lehrkörper angegeben hat, um die Mißstände zu beseitigen, ist nicht immer gangbar. Es scheint mir, daß dann ein Zusammengehen der Lehrer mit dem Direktor fast unmöglich würde. Ebenso kann ich mich den sachlichen Beschwerden, die vorgetragen sind, durchaus anschließen. Die Ausführungen des Abgeordneten Harsch über die Belastung der Schüler kann ich bestätigen, da auch mir solche Beschwerden vorgetragen worden sind. Ebenso sind mir Beschwerden über die mangelhafte Reinlichkeit mitgeteilt worden. Ich glaube, daß sich später noch eine Gelegenheit findet, auf die Mißstände an der Baugewerkschule zu sprechen zu kommen, wenn nicht die Regierung von sich aus Veranlassung nimmt, die Sache zu untersuchen.

Abg. Süßkind: Die Stadt Mannheim legt großen Wert darauf, daß die Ingenieurschule unter staatliche Aufsicht kommt. Der Beitrag des Staates kommt erst in zweiter Linie, zumal ja auch die Frequenz der Schule in letzter Zeit enorm gewachsen ist. Die Schülerzahl betrug im Wintersemester 1899/00 127, im letzten Semester 253 und so viel mir bekannt, ist sie im Sommersemester noch mehr gestiegen. Die Baugewerkschule in Karlsruhe hat eigentlich bloß eine Bedeutung für die Stadt Karlsruhe und die nächste Umgebung. Ich habe hier eine statistische Zusammenstellung, aus der hervorgeht, daß der Kreis Mannheim eine verhältnismäßig kleine Zahl von Schülern an die Baugewerkschule in Karlsruhe schickt. 33 1/2 Proz. der Schüler gehören Karlsruhe und Umgebung an, 2/3 entfallen auf das ganze Land und unter diesen nimmt Mannheim nicht den Prozentsatz ein, der ihm nach dem Verhältnis seiner Einwohnerzahl zu der des gesamten Landes gebührt. Aus diesem Grund erscheint der Wunsch der Stadt Mannheim nach einer staatlichen Beaufsichtigung der Ingenieurschule als sehr berechtigt.

Abg. Dr. Goldschmit: Ich habe an den Ausführungen des Abg. Süßkind einen Widerspruch entdeckt. Er hat gesagt, die Baugewerkschule komme bloß Karlsruhe und seiner Umgebung zu gute, und gleich darauf teilt er uns mit, daß zwei Drittel der Schüler aus dem ganzen Lande stammen. Wenn Mannheim in letzter Zeit weniger Schüler an die Baugewerkschule nach Karlsruhe geschickt hat, so kommt dies eben daher, daß diese mehr die Ingenieurschule in Mannheim besuchen. Ich möchte nur dagegen ein Wort sprechen, daß vorgeschlagen wird, im Ober- oder Unterland eine Abteilung der Baugewerkschule zu errichten und diese Errichtung durch Verkürzung der Karlsruher Schule auf Kosten dieser vorzunehmen. Gegen eine solche Maßregel muß ich im Interesse der Stadt Karlsruhe entschieden protestieren.

Abg. Süßkind: Ich verstehe nicht, worin der Widerspruch liegen soll, wenn ich sagte, daß die Stadt Karlsruhe ein Drittel der Schüler stelle; dann muß ich doch nachsehen, ob dieser Prozentsatz dem Verhältnis entspricht,

in welchem die Einwohnerzahl von Karlsruhe zu der Einwohnerzahl des ganzen Landes steht. Es wird aber wohl niemand annehmen wollen, daß dieses Verhältnis der Einwohnerzahl Karlsruhes ein Drittel beträgt. Deshalb hatte ich ganz Recht, wenn ich sagte, daß Karlsruhe den Hauptvorteil aus der Baugewerkschule ziehe. Ich gebe zu, daß vom Jahr 1895 an der Rückgang des Besuches von Mannheim auf die Errichtung der Ingenieurschule zurückzuführen ist. Abg. Goldschmidt wird mir auch zugeben, daß die praktische Ausbildung der Baugewerkschüler in Mannheim, wo sämtliche maschinellen Betriebe vorhanden sind, besser vorgenommen werden kann als in Karlsruhe. Wenn der Staat es nicht fertig bringen könnte, einige Abteilungen der Baugewerkschulen nach Mannheim zu verlegen, dann sollte er wenigstens in der Lage sein, die Ingenieurschule dadurch, daß er sie unter Staatsaufsicht stellt, hinsichtlich der Berechtigung auf gleiche Stufe mit der Baugewerkschule zu stellen.

Zu § 110 (Kaufmännischer Fortbildungsunterricht)

Abg. Pfefferte: Der Gewerbebehördenrat hat einen Erlaß herausgegeben, wonach die Mehraufwendungen für die Lehrer der gewerblichen Fortbildungsschulen den Gemeinden zugewiesen werden. Dieser Erlaß hat bei den Gemeinden keine Freude hervorgerufen. Das Vorgehen des Gewerbebehördenrats ist das gleiche wie das der Unterrichtsverwaltung bei den Realmittelschulen, wo man die Mehraufwendungen für die Überstunden bedauerlicher Weise den Gemeinden zugewiesen und den Staatsbeitrag herabgesetzt hat. Es wäre am Platze gewesen, wenn die Regierung die nötigen Mehrkosten auf sich genommen hätte. Die Gemeinden haben sich vielfach deshalb zur Gründung derartiger Schulen entschlossen, weil sie wußten, daß die Kosten für die Lehrer der Staat trägt. Die Mehrbelastung ist also für sie mehr oder weniger eine Überraschung gewesen. Aus prinzipiellen Gründen muß ich mein Bedauern aussprechen, daß die Regierung die Mittel dazu nicht angefordert hat. Der Herr Regierungskommissär hat gemeint, diese Gemeinden würden Ersparnisse dadurch machen, daß sie keine einfachen Fortbildungsschulen zu halten brauchen. Dies wird aber nur bei kleinen Gemeinden der Fall sein, die größeren werden 2 Schulen zu halten haben und deshalb keine Ersparnisse machen. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Regierung den weniger leistungsfähigen Gemeinden Zuschüsse gewähren will. So ist ja für den Augenblick abgeholfen. Der Herr Regierungskommissär hat mitgeteilt, daß 16 Gemeinden welche sich geweigert hatten den Mehraufwand zu tragen, die Mehrkosten ersetzt worden sind. Wenn darunter nur weniger leistungsfähige sind, so könnte man damit einverstanden sein, andernfalls würde dies zu Ungerechtigkeiten führen. Die Regierung sollte sich doch entschließen, alle Kosten für den Lehrer zu übernehmen und wenigstens auf dem nächsten Landtag eine derartige Maßnahme ergreifen. Die Schulen werden sich dann immer noch weiter ausdehnen, was im Interesse der Förderung des Gewerbes auf dem Lande von großer Bedeutung wäre. Ich will noch ausdrücklich betonen, daß ich die Erhöhung der Vergütung für die Unterrichtsstunde an und für sich für gerechtfertigt halte.

Abg. Schneider: Bei der Debatte über die Pforzheimer Kunstgewerbeschule habe ich bereits die Herabsetzung des Staatsbeitrags zu den Unterrichtskursen des Kaufmännischen Vereins in Pforzheim erwähnt. An dem früheren Staatszuschuß von M. 1200 wurden erst M. 200 und dann weitere M. 100 gestrichen, war-

scheinlich infolge der ungünstigen Finanzlage. Aber da sollte man doch die Ersparnisse wo anders suchen, bei großen Millionenprojekten, und nicht bei den so nötigen Fortbildungsanstalten! Der Unterricht für junge Kaufleute in fremden Sprachen, Buchführung und Handelskorrespondenz kommt nicht nur Pforzheimern, sondern vielen Landsleuten aus Baden und anderen deutschen Staaten zugut, und der Staat bekommt später indirekt durch bessere Ausbildung seines Handelsstandes und erhöhte Steuerkraft seine Auslagen vielfältig zurück. Nach den mir gewordenen Mitteilungen vom Vorstand des Kaufmännischen Vereins hatten die Unterrichtskurse am 1. Dezember 1903 183 Teilnehmer in 60 Kursen; davon entfallen auf

Französisch	88	Schüler	in	29	Kursen
Englisch	64	"	"	22	"
Spanisch	27	"	"	7	"
Italienisch	4	"	"	2	"
zusammen 183 Schüler in 60 Kursen					

Aus eigenen Mitteln hat der Verein für Unterrichtszwecke pro 1903 = M. 3099,54 ausbezahlt; seit seinem Bestehen vom Jahre 1873 ab bereits den hübschen Betrag von rund M. 150000 — allein für Unterrichtszwecke. Angesichts der Bedeutung dieser Unterrichtskurse für den deutschen Handel ist der Rückgang des Staatszuschusses besonders bedauerlich und er bedeutet gerade das, was die Redner aller Parteien dieses hohen Hauses dem Programm des Finanzministers gegenüber nicht wollten, nämlich kleinliche Sparsamkeit auf Kosten kultureller Zwecke und Ziele auf dem Gebiete der Schule und des Erziehungs- und Bildungswesens. Ich möchte also bitten, daß die Großh. Regierung dem Kaufmännischen Verein in Pforzheim wieder den früheren Beitrag von M. 1200 bewilligen wolle.

In gleicher Lage befindet sich der Verein Frauenbildung-Frauenstudium in Pforzheim, welcher seit 1899 eine Handelsschule für Frauen und Mädchen, die sich zu Kontoristinnen und dergl. ausbilden wollen, unterhält. Außer einem städtischen Beitrag wurde dieser Schule vom Staat im Jahre 1901 ein Beitrag von 1000 M. gewährt, der bereits 1902 auf 800 M. und 1903 auf 500 M. herabgesetzt worden ist. Die Einnahmen dieser Schule beliefen sich im letzten Jahre inkl. Staatsbeitrag auf 1500 M., während die Ausgaben 2000 M. betragen. Die Schule wird durchschnittlich im Jahre von 70—80 Schülerinnen besucht, welche fast alle den unbemittelten Ständen angehören und durch den Unterricht in die Lage kommen, sich als Kontoristinnen, Maschinenschreiberinnen und dergl. ihren Unterhalt zu verdienen. Um den erhöhten Anforderungen und der vermehrten Stundenzahl gewachsen zu sein, bedarf diese Handelsschule wieder dringend des früheren vollen Staatsbeitrags von 1000 M., um deren Bewilligung ich hiermit die Großh. Regierung gebeten haben möchte.

Abg. Dr. Heimburger: Ich schließe mich dem an, was Neuhaus über Zahl und Zeit der Unterrichtsstunden gesagt hat. Es wird dahin kommen müssen, allenthalben obligatorische Fortbildungsschulen für Knaben und Mädchen einzurichten. Der Vorbildung der Lehrer muß auch große Aufmerksamkeit zugewendet werden. Eine eingehende Fachbildung muß in Zukunft erstrebt werden. Falls eine Handelshochschule bei uns errichtet oder Handelskurse an unsern bestehenden Hochschulen eingerichtet werden, wird es nötig sein, die Lehrer zu mehrsemestrigem Besuch derselben anzuhalten. Vielleicht wird auch ein Jahr praktischer Beschäftigung sowie Aufenthalt im Ausland, wozu

nötigenfalls Stipendien zu gewähren wären, vorgeschrieben werden müssen.

Abg. Lehmann: Es besteht in der Rechtslage bei den Fortbildungsschulen eine Unsicherheit. In Mannheim ist der Unterricht obligatorisch für Knaben und Mädchen. Die Beiträge wurden von den Lehrern eingefordert. Diese haben sich zum Teil geweigert zu zahlen. Es wurde Klage erhoben, schließlich hat sich das Gericht für unzuständig erklärt. Jetzt schwebt die Sache bei dem Kompetenzgericht, und man weiß nicht, wie es ausgeht. Da sollte doch eine klare Rechtslage geschaffen werden. Zweifellos hat der Staat die Verpflichtung, die Beiträge zu übernehmen. Es muß also eine neue Organisation geschaffen werden.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Freiherr v. Dusch: Die Frage der Verpflichtung zur Zahlung des Schulgeldes wird Gegenstand einer Gesetzesvorlage sein, die diesem Hause zugehen wird.

Die Ausgaben des außerordentlichen Etats werden ohne Debatte genehmigt. Schluß der Sitzung gegen 2 Uhr nachmittags.

* **Karlsruhe**, 3. Mai. 67. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 5. Mai 1904, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sobann

1. Erste Beratung des Gesetz-Entwurfs, die Auflösung der Gemeinde Pforzheim betr. — Drucksache Nr. 46. — Referent: Abg. Dr. Wilke. Korreferent: Abg. Fehrenbach.

2. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Eichhorn und Gen., die Ausweisung russischer Staatsangehöriger betreffend. — Drucksache Nr. 47.

3. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Eichhorn und Gen., die Verbote der Raiffeisen-Festzüge betreffend. — Drucksache Nr. 48.